

Zwischennutzung im Palast der Republik

Machbarkeitsstudie

studio uc
STUDIO URBAN CATALYST

Technische Universität Berlin, Fakultät 7, Architektur Umwelt Gesellschaft
Sekretariat B13, Straße des 17. Juni 135, 10623 Berlin
Tel: 030-31479728, Fax: 030-31479730,
e-mail: office@urbancatalyst.de, url: www.urbancatalyst.de

Stand: 26.08.2002

copyright: studio urban catalyst copyright photos: cristoph petras

Inhalt

3	Kurzfassung
4	Einleitung
5	Der Ort
7	Entwicklung seit 1989
9	Konzept der Zwischennutzung
11	Kosten und Finanzierung
12	Betreiber-gesellschaft
13	Nutzungskonzept
16	Räumliche Szenarien und bauliche Eingriffe
18	Szenario 1 - Volkskammersaal
26	Szenario 2 - Palastfoyer
33	Potentielle Nutzer

Kurzfassung

Die vorliegende Machbarkeitsstudie zeigt ein Realisierungskonzept für die Zwischennutzung des Palasts der Republik auf. Das Konzept umfasst:

- eine **bauliche Lösung**, die die Probleme des Brandschutzes, der Verkehrssicherheit und einer grundlegenden Infrastruktur für ein Spektrum unterschiedlicher provisorischer Nutzungen beantwortet
- ein **Nutzungskonzept** basierend auf einer Auswahl vorhandener Nutzungsvorschläge, sowie eine Grundkonzeption für die Weiterentwicklung der Nutzungsstruktur mittels eines Kuratoriums
- ein Konzept für eine **Betreibergesellschaft**, die alle notwendigen Arbeiten der Umsetzung des Konzeptes übernimmt
- ein Konzept zur **Finanzierung** der erforderlichen Maßnahmen.

Das Konzept basiert auf folgenden Prämissen:

- eine Zwischennutzung des Palasts der Republik für einen **befristeten Zeitraum** von min. 2 Jahren (mit der Option zur Verlängerung je nach Stand der Neubauplanung) zu ermöglichen, bevor das Gebäude im Rahmen der Neugestaltung abgerissen wird.
- die notwendigen **Maßnahmen und damit Kosten auf ein Minimum** zu begrenzen, um die Kosten gering zu halten und dem befristeten und provisorischen Charakter der Nutzungen zu entsprechen.
- dem **Eigentümer keinerlei Kosten** und/ oder umfangreiche Arbeiten aufzubürden, die er nicht leisten will oder kann, ihm aber auch keine Einnahmen aus der Zwischennutzung einzuräumen.
- der **Öffentlichkeit** die Gebäuderuine des Palast der Republik für vorwiegend **kulturelle Nutzungen** zur Verfügung zu stellen, und damit einen seit 10 Jahren leerstehenden Großbau der Berliner Innenstadt über Jahre zu beleben und zugleich von einem wichtigen, wenn auch umstrittenen Symbol der DDR-Gesellschaft **Abschied zu nehmen**.

Einleitung

Diese Machbarkeitsstudie für eine Zwischennutzung des Palasts der Republik wurde vom Studio Urban Catalyst der Technischen Universität Berlin im Rahmen des Forschungsprojekts 'Urban Catalyst' erstellt. Das Forschungsprojekt befasst sich mit Strategien temporärer Nutzungen für urbane Brachflächen anhand fünf exemplarischer Städte und wird von der EG innerhalb des 5. Rahmenprogramms, Key Action 4 "City of Tomorrow & Cultural Heritage" finanziert. Das Projekt begann im April 2001 und umfasst 11 Partner aus sechs europäischen Ländern. Die Untersuchungsstädte sind neben Berlin Helsinki, Amsterdam, Wien und Neapel.

Nach einer Phase der Analyse ungeplanter temporärer Nutzungen an den Untersuchungsstandorten widmet sich das zweijährige Forschungsprojekt seit Winter 2001/2002 der Entwicklung von Strategien zur Förderung temporärer Nutzung für die Stadtentwicklung in urbanistischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht. Im weiteren Projektverlauf sollen exemplarische Projekte realisiert werden. Das Berliner Teilprojekt verfolgt neben der Zwischennutzung des Palasts der Republik mehrere Projekte im Umfeld des Ostbahnhofs, u.a. für ein ehemaliges Heizkraftwerk sowie das Gelände des Wriezener Bahnhofs. Weitere Informationen sind über unsere web-page www.urbancatalyst.de erhältlich.

Die Studie entstand in enger Abstimmung und Dialog mit dem Berliner Kultursenat, dem Bezirksamt Mitte als genehmigender Behörde und den Nutzungsinteressenten. Für Ihre intensive Hilfe möchten wir insbesondere den folgenden Personen danken: Baustadträtin Frau Dorothee Dubrau, Herrn Paul und Herrn Metz (Bezirksamt Mitte), Kultursenator Dr. Thomas Flierl, Frau Dominique Krössin und Herr Wolfgang Abramowski (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur), Herr Horst Grothues, Herr Collmeier (Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Wohnungswesen), Herr Karge und Herr Grumpelt (Bundesbauamt Berlin), Dr. Volkhard Laitenberger (Kulturstaatsministerium), Job von Nell (Beos Projektentwicklung), Prof. Dr. Rudolf Schäfer (Baujurist), Wolfgang Grillitsch von Peanutz Architekten, Armand Grüntuch und Almut Ernst von Grüntuch/ Ernst Architekten, Holger Gottschalk von ABC Metallbau Gottschalk GbR Berlin, sowie einer Vielzahl weitere Unterstützer.

Das Copyright, Nutzungs- und Verwertungsrechte für die Studie liegen bei Studio Urban Catalyst (Berlin), für die Fotografien des Palasts bei Christoph Petras (Stadtbild, Berlin).

Der Ort

Der einstige Schlossplatz ist einer der historisch bedeutungsvollsten Orte in Berlin. Er war von 1538 bis 1950 der Ort des Stadtschlusses, welches in der Zeit seines Bestehens ständig umgebaut, erweitert und modifiziert wurde. Es akkumulierte somit Spuren aus mehreren Jahrhunderten, die gleichermaßen das künstlerische Schaffen wie die politischen Verhältnisse ihrer Zeit zum Ausdruck brachten.

Die Sprengung des Stadtschlusses im September 1950 war der Ausdruck der 'antifaschistischen' und vermeintlich 'antimilitaristischen' Ideologie der DDR, der nach der Erfahrung des Nationalismus mit der preussischen Herrschafts- und Militärtradition brechen und symbolisch einen Neuanfang markieren wollte.

Der Anfang der 70er Jahre erbaute Palast der Republik war als Sitz des Scheinparlaments der Volkskammer einerseits Ort der Inszenierung der Macht. Mit seinem breiten kulturellen und sozialen Programm, das in Qualität, Umfang und auch Offenheit für westliche Popkultur einzigartig in der DDR war, war der Palast zugleich aber auch ein Ort des Volkes. So wurde er von den DDR-Bürgern aus der ganzen Republik wahrgenommen, auch von regimekritischen Bürgern.

Der Umgang mit dem Gebäude nach 1989 symbolisiert für viele das Verhältnis zwischen Ostdeutschen und Westdeutschen. Während viele Ostdeutsche die technisch notwendige Asbestsanierung als kalten Abriss eines DDR-Symbols verstehen, war die Schadstoffbeseitigung für manchen Westler eine willkommene Möglichkeit, sich eines DDR-Symbols ohne inhaltliche Debatten entledigen zu können. Nach der Asbestsanierung ist von dem Gebäude nur noch ein Beton- und Stahlskelett mit maroder Glassfassade übriggeblieben. Geschichtsbeseitigung unter dem Mantel einer technischen Operation.

Eine Zwischennutzung könnte dieses Defizit an inhaltlicher Auseinandersetzung beheben und einen Prozess eines bewussten und reflektierten Abschiednehmens als gesellschaftlichen Prozess einleiten. Dies ist umso wichtiger, da es sich hierbei nicht lediglich um eine Frage der Geschichtsaufbereitung handelt, sondern die Neugestaltung des Ortes ein wichtiges Symbol neuer deutscher Selbstfindung und Identitätsdefinition ist.

Lage und urbanes Umfeld

Der Palast der Republik befindet sich auf der Spreeinsel im Zentrum Berlins. Als dominanter Solitär ist das Gebäude von allen Seiten weithin sichtbar. Es bildet den visuellen Abschluss des Boulevards Unter den Linden. Es dominiert den ehemaligen Marx-Engels Platz (heute: Schlossplatz) und ist Kernstück des sich von hier nach Nord-Osten erstreckenden Zentrumsbandes als Rückrat sozialistischer Stadtplanung in Ostberlin. Das Gebäude ist von Spree und Schlossplatz und den beiden Strassen Rathausstrasse und Marx-Engels-Straße (in der Verlängerung: Unter den Linden) gefasst.

Das heutige unmittelbare Umfeld ist fragmentiert und voller Widersprüche. Einerseits dominieren die Überreste des ehemaligen politischen Forums (Staatsratsgebäude, Palast der Republik) neben den Bauten der sich westlich anschließenden Museumsinsel. Andererseits wurde durch den Abriss des ehemaligen DDR-Außenministeriums der Platz Richtung historische Friedrichstrasse geöffnet. Der Schlossplatz selbst (einst Parkplatz und jährlicher Paradeplatz) wurde durch Baustellenlogistik, Ausgrabungen und kleinere temporäre Aktivitäten zersplittert.

Nutzungen

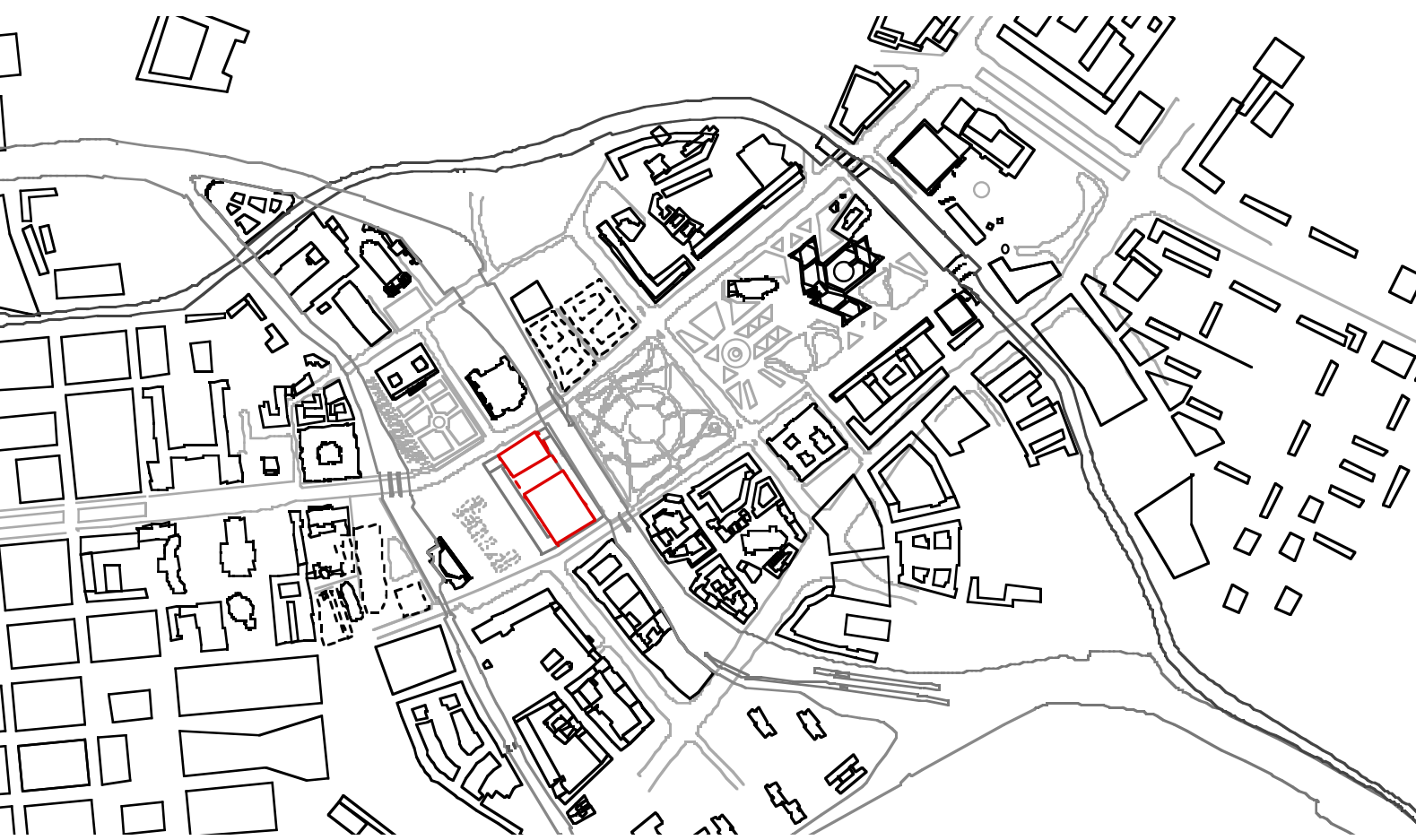
Trotz Verlust der politischen Zentrumsfunktion (abgesehen vom Neubau des Außenministeriums) und großflächigem Leerstand (Palast, Staatsratsgebäude) ist das Umfeld durch Nutzungsvielfalt geprägt. Nicht kleinteilig und dicht (das Areal wird von Besuchern oft als leer und zugig empfunden) sondern weiträumig voneinander getrennt befinden sich Humboldt-Universität, Museumsinsel und Historisches Museum, Dom, Außenministerium, Akademie und Landeszentralbibliothek. Institutionelle und touristische Nutzungen überwiegen. Sozialer Wohnungsbau verbleibt auf der Fischerinsel, Rathaus- und Liebknechtstrasse, sowie im Nikolaiviertel.

Verkehrsverbindungen

Obwohl die Hauptadern des Berliner ÖPNV den Palast umfahren (S-Bahn, U-Bahn) ist das Gebäude mit Bus, Boot, Auto, Fahrrad oder zu Fuß gut zu erreichen. Die geplante Erweiterung der U5 (2010-15) wird das Areal direkt an das U-Bahnnetz anschließen.

Potentiale

- zentrale Lage
- Nähe zu etablierten Kulturinstitutionen mit großen Besucherzahlen (wichtigstes Tourismusgebiet Berlins)
- Nähe zu Humboldtuniversität
- große mediale und politisch-gesellschaftliche Aufmerksamkeit für den Ort



Entwicklung seit 1989

Die Debatte um den Schlossplatz

Der Palast der Republik – ehemaliges Kulturzentrum und Parlamentsgebäude der DDR – wurde am 31.10.1990 unter anderem aufgrund von Asbestverseuchung geschlossen. 1998 begannen umfangreiche Maßnahmen zur Asbestbeseitigung (geschätzte Kosten: 70 Millionen Euro), die bis voraussichtlich Ende 2002 abgeschlossen werden sollen. Im Zuge der Baumaßnahmen wurde das Gebäude in den Zustand eines Rohbaus zurückversetzt.

Parallel hierzu begann die bis heute andauernde und kontrovers geführte Diskussion um die Neugestaltung des zentralen Bereichs des historischen Berliner Zentrums. Ein erster städtebaulicher Wettbewerb wurde bereits 1994 durchgeführt. Weitere Studien entstanden u.a. auf Initiative des Tagesspiegels, der Galerie Aedes und weiterer Organisationen.

Ausgangspunkte für die Diskussion waren unter anderem:

- a) die unbefriedigende räumliche Situation am Schlossplatz
- b) der Wunsch nach Wiederaufbau des Stadtschlusses
- c) ein Bedürfnis, die Spuren der DDR-Moderne aus dem Stadtbild zu tilgen
- d) die gegenläufige Tendenz einer kleinen Minderheit, für deren Erhalt einzutreten.

In der Öffentlichkeit zeichneten sich folgende Positionen ab:

- a) Wiederaufbau des Schloss (Wilhelm von Boddien, Förderverein Berliner Stadtschloss)
- b) Suche nach einer zeitgenössischen Neubebauung – Aedes Galerie, Tagesspiegel, Welt, einzelne Architekten usw.
- c) Einsatz für den Erhalt des Palast der Republik (insbesondere seitens der PDS)

In der Zwischenzeit hat die Debatte um den Schlossplatz eine nationale Dimension eingenommen. Neue Entwicklungen und Entscheidungen werden auf der ersten Seite überregionaler Zeitungen veröffentlicht und diskutiert. Spitzenpolitiker wie Bundeskanzler Gerhard Schröder oder Bundestagspräsident Wolfgang Thierse äußern sich ausführlich zu diesem Thema. Politische Kontroverse und Symbolhaftigkeit des Ortes prägen die Debatte entscheidend. Aufgrund der Lage und Geschichte wird der Schloßplatz als Ort wie kein anderer angesehen, an dem sich das Selbstverständnis nicht nur der Stadt Berlin, sondern auch der bundesrepublikanischen Gesellschaft einen stadträumlichen-architektonischen Ausdruck verschafft.

Zur Annäherung an einen Lösungsvorschlag wurde im Januar 2001 die internationale Expertenkommission "Historische Mitte Berlin" von der Bundesregierung und dem Senat von Berlin eingesetzt, die ihre Arbeit im April 2002 mit einem Abschlussbericht beendete. Die Kommission sprach eine Empfehlung mit folgenden Eckpunkten aus:

- a.) Empfehlung für Wiederaufbau der historischen Schlossfassaden als Teil eines Gebäudes in der Kubatur des ehemaligen Schlosses.
- b.) Vorgeschlagenes Nutzungsprogramm: Humboldt Forum, das die außereuropäischen Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die wissenschaftsgeschichtlichen Sammlungen der Humboldt-Universität und die Bestände der Zentral-

und Landesbibliothek in sich vereinigt und um einen gemeinsamen Veranstaltungsbereich ergänzt.

c.) Kostenschätzung: Eine vorsichtige Kostenschätzung für ein solches Gebäude beläuft sich auf ca. 668 Millionen Euro, die durch eine öffentlich-private Partnerschaft finanziert werden sollen.

d.) Zeitrahmen: Mit einem Baubeginn wird frühestens im Jahre 2006 gerechnet, mit einem voraussichtlichen Abschluss im Jahre 2010.

Am 4. Juli 2002 beschloss der Bundestag mit 384 von 589 Stimmen, die Empfehlung der Schlossplatzkommission anzunehmen und ein Neubau im Umriß des alten Schlosses und mit dem Original nachgebildeten Barockfassaden zu errichten. 133 Abgeordnete stimmten auf Empfehlung des Kulturausschusses hingegen für einen Architektenwettbewerb ohne vorherige Festlegung auf Fassadenrekonstruktion. Für diese Variante setzte sich auch der Berliner Kultursenator Thomas Flierl (PDS) ein, der aber zugleich auch einen „Abschied vom Palast der Republik“ forderte.

In der Debatte meinte der CDU-Politiker Günter Nooke, der zentrale Platz des wiedervereinten Deutschlands gehöre nicht Berlin, sondern der ganzen Republik. Sein Parteikollege Norbert Lammert sagte, das Schloss sei das Gravitationszentrum der städtebaulichen Entwicklung Berlins gewesen (Berliner Zeitung, 5.7.02, S.1). Die Vizepräsidentin des Bundestags und Grünenpolitikerin Antje Vollmer wandte sich gegen den „Kult der offenen städtebaulichen Wunde“ und sprach sich ebenfalls für eine Rekonstruktion der Schlossfassaden aus.

Die Kosten werden auf 670 Mill. Euro geschätzt. 360 Mill. Euro will man durch Aktien einnehmen. Für die beabsichtigte Garantiedividende von 2% (7,2 Mill. jährlich) müsste der Bund garantieren. 230 Mill. Investitionsmittel müsste die öffentliche Hand direkt beisteuern. Nach der Entscheidung des Bundestags für eine Fassadenrekonstruktion des Schlosses, welcher der Berliner Senat ablehnend gegenübersteht, möchte sich das Land Berlin nach Aussagen des Regierenden Bürgermeisters Wowereit an den Kosten nicht beteiligen. Die Mehrkosten von 80 Mill. für die Barockfassaden will der Hamburger Geschäftsmann und Schlosslobbist Wilhelm v. Boddien durch eine Spendenkampagne aufreiben.

Am 10. Juli 2002 konstituierte sich eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Kulturstaatsminister Nida-Rümlin mit Vertretern des Bundes und des Landes Berlins, die die Umsetzbarkeit des Bundestagsbeschlusses in Hinsicht auf Finanzierung und Nutzungskonzeption prüfen und einen weiteren Architektur-Wettbewerb vorbereiten soll.

Warteschleife

Der sofortigen Umsetzung der Bundestagsbeschlusses stehen mehrere Hindernisse im Wege:

- a) Die Finanzierung für das voraussichtlich 668 Millionen Euro teure Projekt zuzüglich Abrisskosten bleibt ungeklärt. Angesichts der knappen öffentlichen Kassen ist eine rein staatliche Finanzierung ausgeschlossen. Aufgrund der Bedeutung des Ortes ist hingegen auch eine vollständige Privatisierung nicht gewollt.
- b) Die Nutzungskonzeption ist auf ihre Machbarkeit und Sinnfälligkeit zu prüfen. Einerseits wird sie durch das Finanzierungsmodell beeinflusst, zum anderen gibt es alternative Überlegungen wie etwa, den Gesamtkomplex als Standort der Staatsbibliothek oder für die Gemäldegalerie zu nutzen.
- c) Die Empfehlung zum Wiederaufbau dreier Schlossfassaden sagt noch wenig über die endgültige Gestaltung. Ein Architektur-Wettbewerb kann frühestens im Jahr (2003) ausgelobt werden.

Nach allgemeinen Einschätzungen wird frühestens im Jahr 2006 mit einem Neubau begonnen werden können (voraussichtlicher Abschluss 2010).

Im Dezember 2002 wird die Asbestsanierung des Palasts der Republik abgeschlossen und das Gebäude verbleibt als eine leerstehende Ruine im Zentrum der Stadt. Dem von einigen befürworteten Sofortabriss des Gebäudes stehen baukonstruktive Probleme im Wege. Das Gebäude wurde auf einer Art schwimmenden Gründungswanne konstruiert. Der einfache Abriss des Gebäudes würde aufgrund des Gewichtsverlustes ein Aufschwimmen der wasserdichten Kellerwanne des Gebäudes verursachen, der benachbarte Gebäude wie den Berliner Dom akut gefährden würde. Ein Abriss ist daher nur mit gleichzeitigem Gewichtsausgleich oder einer erneuten, allerdings problematischen, Grundwasserabsenkung möglich. Aufgrund der damit verbundenen Kosten kommt ein Abriss erst im Kontext einer Neubebauung in Frage.

Konzept der Zwischennutzung

Die Idee der Zwischennutzung

In der Expertenkommission "Historische Mitte" wurde die Idee der Zwischennutzung des Palastes von Adrienne Goehler und Bruno Flierl im Sommer 2001 eingebracht. Die Schlosskommission hat in ihrem Endbericht die Zwischennutzung einstimmig befürwortet. Im Schlussbericht heißt es hierzu: "Ungeachtet der Entscheidung über die endgültige Verwendung des Gebäudes stimmte die Kommission am 19. November 2001 dem Vorschlag der Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Kultur zu, den vom Asbest befreiten Palast der Republik für temporäre künstlerische Projekte der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, soweit die jeweiligen Veranstalter sämtliche durch eine Nutzung bedingten Kosten und Risiken übernehmen. Trotz der vereinzelt geäußerten Bedenken hinsichtlich der rechtlichen und finanziellen Umsetzbarkeit dieses Vorschlags hielt die Kommission es für sinnvoll, den Bereich der historischen Mitte bereits im Vorfeld der zukünftigen Entwicklung zu beleben und die hier vorhandenen Räume für den öffentlichen Gebrauch erlebbar und nutzbar zu machen." (S.30). Dieser Empfehlung schloss sich nach Auskunft der Süddeutschen Zeitung auch Bauminister Bodewig an "Wer für Sicherheit und Brandschutz zahlt, darf darin (im Palast der Republik) spielen." (Süddeutsche Zeitung vom 18.4.2002) Ebenso meinte Kulturstatsminister Nida-Rümelin auf die Frage nach der Empfehlung zur Zwischennutzung des Palastes: "Ja, ich bin für eine geeignete temporäre Nutzung, das bedeutet jedoch nicht, dass mit einer übergangsweisen Nutzung der Abriss hintertrieben werden soll." (FAZ, 15. 5. 2002)

Der Bezirk Mitte als genehmigende Behörde setzt sich für die Umsetzung dieser Idee ein. Das Land Berlin (in dieser Frage zunächst ohne formelle Rolle) ist gespalten. Senator Strieder ist gegen eine Zwischennutzung (seiner Meinung nach kostet eine Zwischennutzung 16 Millionen Euro), während Kultursenator Dr. Thomas Flierl eine Zwischennutzung unterstützt. Mitte Januar 2002 schlug Senator Strieder eine Verhüllung des Palast des Republik mit einem gigantischen Werbeplakat vor, konnte dies aber nicht durchsetzen.

In einer ersten Kostenabschätzung seitens des Bauamtes des Bezirk Mitte (als genehmigender Behörde) und der Oberfinanzdirektion (Vertreter des Eigentümers) vom Dezember 2001 wurden die Kosten für eine temporäre Nutzung des Bereichs Volkskammersaal auf 1 Mio Euro geschätzt.

Eine Reihe von interessierten Nutzern entwickelten parallel zu der öffentlichen Debatte Nutzungsideen für eine Zwischennutzung des Palasts. Hierzu gehören u.a.

- a) Ausstellungsprojekt 'Ein Palast und seine Republik' (Museum für Verkehr und Technik mit Beutelschmidt/ Noak)
- b) Projekt "European Chaos – Der Wagnerkomplex" (Sophiensäle in Zusammenarbeit mit dem Künstler Christian von Borries)
- c) Kammeroper "Nacht" (Staatsoper unter den Linden)
- d) Club WMF, der sich bereits in seinen bisherigen 5 Stationen seit 1990 Materialien aus dem Palast für seine Raumgestaltung eingesetzt und sie damit kulturell umgedeutet hat
- e) ortsbezogene künstlerische Installationen wie etwa das Projekt 'Palast-Bar-Transfer' des Künstlers Fred Rubin
- f) Sportnutzungen für Jugendliche (Jugendamt Mitte)
- g) Besichtigungsspaziergänge durch das Gesamtgebäude

Sinn und Zweck der Zwischennutzung

Die Ruine des Palast der Republik wird in den nächsten Jahren einen zentralen Bereich der Berliner Innenstadt prägen. Diese zunächst problematische Situation wird als Chance begriffen, um

- a) bewusst Abschied zu nehmen von einem Gebäude, das wie kein anderes für die DDR-Gesellschaft von zentraler Bedeutung war und dessen unvermeidbare Asbestsanierung von vielen als symbolischer Akt eines kalten Abrisses angesehen wurde
- b) eine kritische und innovativ-experimentelle Auseinandersetzung mit der Geschichte und Zukunft des Ortes zu führen
- c) den Ort zu beleben und das Gebäude für die zahlreichen bereits bestehenden Initiativen zugänglich zu machen. Damit wird zugleich die räumlich-ästhetische Faszination des auf seine Grundstruktur rückgebauten Großgebäudes für die Öffentlichkeit erfahrbar.
- d) öffentliche Nutzung mit experimentellem und internationalem Charakter am Ort zu etablieren, um somit die Nutzungsvorstellung für die spätere Neubebauung positiv zu beeinflussen und den bisherigen Diskussionshorizont zu erweitern
- e) die Symbolik des Ortes zu nutzen, um innovative und neue Formen städtischen Lebens ins öffentliche Bewußtsein zu heben. Dies könnten zum einen Projekte mit internationalen Kulturinstitutionen oder Kulturschaffenden sein (etwa Center Pompidou Paris, Tate Gallery London o.a.), zum anderen die Neuentwicklungen des 'Neuen Berlins' der 90er Jahre. Eine Motivation für die Zwischennutzungskonzeption seitens Studio Urban Catalyst ist der Wunsch, den seit den 90er Jahre in Berlin entstanden und international beachteten kulturellen und ökonomischen Neuentwicklungen im Bereich von Kunst, Kultur und Medien mit der temporären Bespielung eines symbolisch bedeutungsvollen Ortes einen größeren Stellenwert im öffentlichen Bewusstsein einzuräumen und damit Impulse für die Ideen zur zukünftigen Entwicklung der von Krisen gezeichneten Stadt zu geben. Dies schließt einen anderen Umgang mit städtischen Situationen ein, der auf einer Umwertung von Vorgefundenem, dem Nutzen brachliegender Potentiale und einem spontanen, kreativen und deinstitutionalisierten (und unbürokratischen) Handeln geprägt ist.

Machbarkeitsstudie

Während sich die Baustadträtin von Mitte, Frau Dorothee Dubrau und die Ex-Kulturse-natorin und Kuratorin des Hauptstadtkultur-fonds Adrienne Göhler in der Öffentlichkeit für die Zwischennutzung einsetzten und auch mit einzelnen interessierten Nutzern verständigten, gab es jedoch keine Stelle, die ein Konzept für die konkrete Umsetzung erarbeitete. Im Februar 2002 ergriff das Studio Urban Catalyst der Technischen Universität Berlin, das ein europäisches Forschungsprojekt über Zwischennutzung in-itiert hat und leitet, die Initiative und kontaktierte die verschiedenen Verantwortlichen auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene ebenso wie interessierte Nutzer und enga-gierte Fachleute, um einen Umsetzungskonzept für den Beschluss der Schlossplatz-kommission zu entwickeln und zu konkretisieren. Basierend auf seinen Erfahrungen mit temporären Nutzungen sah Studio Urban Catalyst von Anfang an Möglichkeiten für eine Zwischennutzung von Teilbereichen des Gebäudes, die wesentlich kosten-günstiger als die von Senator Strieder genannten 16 Millionen Euro ausfallen.

Am 19. April 2002 fand auf Initiative von Studio Urban Catalyst und auf Einladung der Bezirksbaurätin Mitte Frau Dubrau ein Treffen statt, an dem unter anderem Vertreter des Eigentümers des Gebäudes (Oberfinanzdirektion Berlin, BMVBW), der Berliner Kultursenator Thomas Flierl, die Kuratorin des Hauptstadtkulturfonds Adrienne Goehler, Vertreter des Bezirkes Mitte und zahlreiche Interessenten und potentielle Zwischennutzer des Gebäudes teilnahmen. Ein wichtiges Ergebnis des Gespräches war die von allen Beteiligten getragene prinzipielle Willensbekundung, eine Zwischennutzung des Gebäudes zu realisieren. Es bestand weiterhin Übereinstimmung, dass die notwendigen Investitionen nicht von staatlichen Institutionen finanziert werden können.

Auf Basis dieses Ergebnisses gründet sich eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Kultursenates, des Bauamtes Mitte und Studio Urban Catalyst, mit der Aufgabe, ein finanziell, baulich und politisch umsetzbares Konzept für eine Zwischennutzung des Palastes der Republik zu entwickeln. Der Schwerpunkt dieser Machbarkeitsstudie liegt dabei auf drei Aspekten:

- a) die Entwicklung einer baulichen Konzeption, die die Fragen von Verkehrssicherheit, Brandschutz und einer Basisinfrastruktur löst, sowie die Budgetierung der Kostenpunkte.
- b) ein Betreibermodell für eine Trägerstruktur, die die durch die Zwischennutzung anfallenden Tätigkeiten übernehmen kann, soweit diese nicht vom Eigentümer getragen werden können,
- c) vorläufige Formulierung eines Nutzungskonzeptes zur Entwicklung eines spezifischen kulturellen Profils
- d) Finanzierung

Seit März 2002 fungiert Studio Urban Catalyst als Anlauf- und Koordinationsstelle für potentielle Zwischennutzer im Palast der Republik. Durch den direkten Kontakt zu interessierten Institutionen, Initiativen und Personen entstand so ein Netzwerk und potentielle Nutzergemeinschaft. Unter anderem durch Nutzerfragebögen und zahlreiche Begehungen des Gebäudes wurden dabei konkrete Nutzungsszenarien entwickelt. Eine gemeinsame Ausstellung dieser Interessengemeinschaft im Oktober dieses Jahres soll öffentlich für die Idee einer Zwischennutzung werben.

Kosten und Finanzierung

Investitionskosten

Die Kosten für die vorgeschlagene Teilzwischenutzung des Palastes beträgt ca. 0,5 Mio. Euro (siehe Kapitel "Räumliche Szenarien und bauliche Eingriffe"). Im Vergleich hierzu betragen die Kosten der Asbestsanierung ca. 70 Millionen Euro, die Kosten des geplanten Neubaus geschätzt 670 Mio. Euro. Die Kosten, den Ort für etwa 2-3 Jahre öffentlich nutzbar zu machen, kosten somit weniger als 1 Promill der Neubaukosten bzw. 1 Prozent der Sanierungskosten. Oder anders gerechnet: würde man das gleiche Verhältnis von Investition zu Nutzungsdauer des Ortes anstreben, müsste der Neubau für 4000 Jahre benutzt werden. Gleichwohl ist in der verlaufenen Diskussion deutlich geworden, dass keine öffentliche Institution bereit ist, diese Kosten zu tragen. Um die Umsetzung des Projektes von dieser politischen Frage nicht abhängig zu machen, wurden für die vorliegende Studie alternative Finanzierungsmodelle entwickelt.

Stehen keine öffentlichen Gelder zur Verfügung, kommt hierfür nur private Finanzierungsformen in Frage. Hier gibt es zwei Optionen:

1.) Einem finanzstarken Konzern wird das Gebäude für ein Auftaktevent überlassen, wobei der Nutzer die Grundinfrastruktur für das Gebäude finanziert, realisiert und für weitere Nutzungen hinterlässt. Der Nutzer profitiert von der Symbolhaftigkeit des Ortes und dem großen öffentlichen Interesse und nutzt diese für eine kurz befristete Zeit zu seinen Werbezwecken. Dies macht eine Finanzierung der Kosten von ca. 0,5 Millionen Euro realistisch, wie frühere Projekte von Konzernen in der Stadt mit Etats der gleichen Größenordnung zeigen. Auflage für den Sponsor wäre, dass alle für die weitere Nutzung erforderlichen Investitionen durch ihn zu finanzieren sind.

2.) Eine wirtschaftlich einträgliche Nutzung (etwa Musical u.a.) nutzt als Hauptnutzer einen Gebäudebereich als Veranstaltungsstätte. Durch die Bespielung des Raumes über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren werden die anfänglichen Investitionskosten gedeckt. Dieses Szenario hat gegenüber Option 1 zwar den Vorteil, dass der Ort nicht für Werbezwecke genutzt wird, birgt aber zugleich den Nachteil, dass die Hauptziele des Zwischenutzungskonzeptes - Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes - nicht erfüllen kann bzw. von anderen Nutzungen dominiert wird. Von daher wird die Option 1) bevorzugt und weiterverfolgt.

Desweiteren ist anzumerken:

1. Das Konzept von Spaziergängen durch das Gebäude erfordert keine Investitionen und kann kostendeckend umgesetzt werden. Es kann direkt nach Ende der Asbestsanierung realisiert werden und könnte den Zwischenutzungsprozess einleiten.
2. Manche Zwischenutzung erzielen Gewinne und können damit zur Deckung von Kosten beitragen. So ist etwa die Clubnutzung als Sekundärnutzung selbsttragend und kann alle für sie selbst notwendigen Investitionen finanzieren.

Betriebskosten

Die jeweils für den Nutzungszeitraum anfallenden Betriebskosten (incl. eines Beitrags für die Betriebsgesellschaft) ist von den Nutzern zu bezahlen.

Programmkosten

1.) Einige der konzipierten Nutzungen (Ausstellungsprojekt, Tanztheaterprojekt der Sophiensäle) basieren auf öffentlichen Fördermitteln, insbesondere seitens des Hauptstadtkulturfonds und der Bundeskulturstiftung. Diese Projekte haben für die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Ortes eine besondere Bedeutung, können aber angesichts der allgemeinen Knappheit von kulturellen Projektmitteln nur von begrenzter Anzahl und Dauer sein.

2.) Eine zweite Gruppe von Nutzungen kann sich aus Eintrittsgeldern (z.B. Club, Musical, Konzerte, Spaziergänge) selber finanzieren. Diese Projekte ergänzen die erstgenannte Projektgruppe und erhöht somit die Nutzungsdichte und auch das Spektrum der Besucher.

Betreibergesellschaft

Der Bund als Eigentümer hat öffentlich seine Bereitschaft erklärt, das Gebäude unentgeltlich für temporäre Nutzungen zu überlassen, wenn für ihn hiermit keine Kosten verbunden sind (siehe Kapitel "Konzept der Zwischennutzung"). Zugleich haben die Oberfinanzdirektion bzw. die Bundesvermögensverwaltung nicht das Interesse und sind auch personell nicht in der Lage, die damit erforderlichen Vorarbeiten zu übernehmen. Bisher wurden diese von der oben genannten Arbeitsgruppe bzw. Studio Urban Catalyst übernommen. Kann über Nutzungskonzeption, Genehmigung und Finanzierung mit allen verantwortlichen Stellen eine Einigung erzielt werden, wird für die Durchführung des Projektes eine Durchführungs- und Betriebsorganisation notwendig.

Diese Betreibergesellschaft übernimmt als Dienstleister für den Eigentümer folgende Aufgaben:

1. Das Einwerben von Sponsorengeldern und anderen Geldmitteln zur Deckung der Kosten für investive Maßnahmen (Finanzierung der Grundinfrastruktur).
2. Die Durchführung notwendiger Vorkehrungen des Brandschutzes, der Verkehrssicherheit und einer grundlegenden Infrastruktur, um temporäre Nutzungen in dem Gebäude zu ermöglichen (Beauftragung und Abwicklung der Baumaßnahmen).
3. Die Installierung eines Kuratoriums, das aus den eingehenden Bewerbungen für eine temporäre Nutzungen diejenigen auswählt, die im Rahmen des Nutzungskonzeptes zur Realisierung geeignet sind (Nutzungskonzeption).
4. Unterstützung der Nutzer und des Eigentümers für die Realisierung einzelner Zwischennutzungsprojekte (Management).

Der Bund als Eigentümer schließt unter Mitwirkung der Betreibergesellschaft direkte Zwischenmietverträge mit temporären Nutzern ab, wie dies beim Staatsratsgebäude in den letzten Jahren erfolgreich praktiziert wurde. Die temporäre Überlassung erfolgt für den jeweiligen Nutzungszeitraum, wobei der Nutzer die von ihnen verursachten Betriebskosten (Strom, Wasser usw.) zu entrichten hat, jedoch keine Miete, soweit er mit der Nutzung keine Gewinne erzielt.

Die Betreibergesellschaft finanziert sich aus Betriebskostenanteilen, die von den Nutzern zu zahlen sind, sowie evtl. ergänzend Spenden und unentgeltlichen Arbeitsleistungen. Erzielen Nutzer Gewinne, so haben diese eine angemessene Miete zu zahlen. Diese Mieteinnahmen werden genutzt, um Investitions- oder Betriebskosten für temporäre Nutzungen des Palastes zu decken.

Das Kuratorium mit mehreren Mitgliedern aus dem In- wie Ausland wählt gemäß des zuvor definierten Nutzungsspektrums aus den eingehenden Bewerbungen (für die eine detaillierte inhaltliche, gestalterische und finanzielle Konzeption vorliegen muss) die Geeigneten aus. Die Betreibergesellschaft berät die Nutzer in der Konkretisierung ihrer Projekte und betreut die Verhandlungen mit den Genehmigungsbehörden und dem Eigentümer bis zur Vertragsreife. Die Kuratoren sind unabhängig und werden von Bezirk, Land und Bund in Absprache mit der Betreibergesellschaft ausgewählt.

Der Eigentümer verpflichtet sich, mit den vom Kuratorium ausgewählten Nutzern -

und zwar ausschließlich mit diesen - Nutzungsverträge zu den oben genannten Bedingungen abzuschließen. Ziel des vorgeschlagenen Konzeptes ist es, dem Eigentümer keine Lasten aufzutragen (aber auch keine Einnahmen einzuräumen) und der Öffentlichkeit zugleich den Palast der Republik für den begrenzten Zeitraum seiner bald endenden Existenz zugänglich zu machen.

Der Betreibergesellschaft angehören könnten u.a. ein erfahrener Kulturmanager, die Technische Universität Berlin, Fakultät 7 sowie wenn möglich die Initiative Agenda 4, erfahrene Projektentwickler (wie etwa Job von Nell/ Beos Projektentwicklung) usw.

Nutzungskonzeption

Die bisher berücksichtigten Nutzungskonzepte sind nur ein Ausschnitt aus den möglichen Nutzungen. Es gibt eine Vielzahl von Akteuren innerhalb und außerhalb Berlins, die Interessen, Ideen und auch die Mittel haben, Projekte für diesen prominenten Ort zu entwickeln.

Das detaillierte Nutzungsprofil ist durch die Arbeit des kuratorischen Teams zu entwickeln und wird sich voraussichtlich über die Zeit ändern. Gleichwohl lassen sich von vorneherein bestimmte Rahmenbedingungen formulieren:

- a) Priorität besitzen Projekte, die sich mit dem Ort, seiner Geschichte und Zukunft als Schauplatz deutscher Geschichte auseinandersetzen. Hierzu gehören Projekte wie die Ausstellung ‚Ein Palast und seine Republik‘, die Inszenierungen ‚European Chaos - Der Wagnerkomplex‘ sowie ‚Nacht‘ oder künstlerische Arbeiten wie die von Fred Rubin. Sie adressieren eines der Hauptziele der Zwischennutzung, und zwar das Anliegen, vom Palast der Republik bewusst Abschied zu nehmen.
- b) Eine zweite Gruppe von Projekten befasst sich eher implizit mit Fragen der Identität an diesem zentralen symbolischen Ort, in dem sie zeitgenössische-aktuelle Nutzungen an diesem zentralen Ort realisieren (und damit alternative oder neue Formen von Identitäten aufzeigen). Zu diesen eher zukunftsorientierten Nutzungen könnten internationale Kooperationen, insbesondere mit Osteuropa zählen ebenso wie die Präsenz von Nutzungen oder Gruppen, die im öffentlichen Raum der Stadt unterrepräsentiert sind.
- c) Eine dritte Gruppe von Projekten stärkt den öffentlichen Charakter des Ortes, in dem sie andere Teile der Öffentlichkeit als die beiden zuerst genannten Nutzungsgruppen anspricht und diese vorübergehend einen Ort im Palast gibt. Dieses setzt eine Tradition fort, die der Palast der Republik in positiver Weise erfüllt hat. Hierzu gehören etwa Projekte für Jugendliche, Heiraten im Palast usw.

Die Zwischennutzung macht den Palast der Republik zu einem urbanen Labor, das experimentell Fragen der Geschichte, Zukunft, Identität, und Öffentlichkeit thematisiert. Die einzelnen Projektgruppen lassen sich nicht strikt voneinander trennen. Neben einer Hauptnutzung, die einen größeren Teil der Flächen der Zwischennutzung für ein Publikum von 100 - 800 Personen bespielt (etwa Tanztheater, Oper, Ausstellung) können Sekundärnutzungen stattfinden, wie etwa Club, Spaziergänge, Sport für Jugendliche. Während das inhaltliche Profil der Hauptnutzung für den Charakter des Ortes prägend ist und ein wichtiges Kriterium darstellt, können die Sekundärnutzungen breiter und offener angelegt sein. Hauptnutzungen sind von begrenzter Dauer, zwischen einem Tag (Veranstaltung) und mehreren Monaten (Ausstellung). Sie sollten wechseln. Kleinere Nebennutzungen können hingegen über längere Zeiträume stattfinden.

Zeitliche Konzeption

Das Zwischennutzungskonzept basiert auf der Idee einer auf zwei Jahre befristeten Nutzung mit evtl. Verlängerung in Abhängigkeit von der Entwicklung des Neubauprojektes. Ziel der Nutzung ist nicht der Erhalt des Palasts der Republik, sondern eine Nutzung des zur Ruine rückgebauten Bauwerks für temporäre Projekte bis zum Zeitpunkt seines endgültigen Abrisses.

Der angestrebte Zeitplan ist

- Ende Oktober 2002: Veröffentlichung der Konzeption
- Frühjahr 2003: Herrichtung des Bauwerks für provisorische Zwischennutzung
- Sommer 2003: Beginn der Zwischennutzung mit einem Zeitraum von 2- 3 Jahren
- 2005: möglicher Zeitpunkt des Gebäudeabriss (in Abhängigkeit von der Neuplanung)

Aufgrund der eingeschränkten Nutzungsmöglichkeiten (nicht beheizt) wird sich die Zwischennutzung auf die Sommersaison konzentrieren.





Räumliche Szenarien und bauliche Eingriffe

1. Für die Entwicklung der räumlichen und baulichen Szenarien wurden zwei Optionen untersucht

- a) Bereich Volkskammersaal
- b) Bereich Foyer

Die Diskussion beider Szenarien mit den potentiellen Nutzer ergab eine Präferenz für die Option Volkskammersaal. Dies aus drei Gründen. Erstens ist der Bereich Volkskammersaal der symbolisch bedeutendste des Gebäudes, diente er doch einst für die Inszenierung des Machtapparats der DDR. Zum Zweiten ist er der mit seinem mehrgeschossigen Luftraum und seiner Lage im Stadtraum der räumlich interessanteste und attraktivste Bereich. Drittens erlaubt die lichte Höhe des Veranstaltungsbereich von ca. 14 Metern den Einsatz diverser Veranstaltungstechnik, was im Foyerbereich nicht gegeben ist (ca. 9m Höhe). Die Vorteile des Foyerbereichs (leichterer und attraktiverer Zugang von den ehemaligen Haupteingängen Richtung Platz und Spreeufer, einfachere Lösung der Fluchtwegproblematik, zentralere Lage im Gebäude und im Stadtraum) können dies nicht aufwiegen.

2. Beide Szenarien beruhen auf dem Prinzip, die baulichen Eingriffe und damit Investitionen minimal zu halten und zugleich alle für eine Nutzung baurechtlich notwendigen Maßnahmen in Hinsicht auf Verkehrssicherheit und Brandschutz sowie der Bereitstellung einer Grundinfrastruktur (Toiletten, Hauptanschlüsse für Strom, Wasser/ Abwasser) umzusetzen.

Es werden auch nur solche notwendigen baulichen Vorkehrungen getroffen, die von einer Mehrzahl von Nutzern benötigt werden. Evtl. ergänzende Vorkehrungen und Genehmigungen für spezifische Nutzungsanforderungen bleiben in der Verantwortung der jeweiligen Nutzer.

Aufgrund der Minimierung des Aufwands sind die Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt. Hierbei ist vor allem folgendes wesentlich:

- a) aus Brandschutzgründen ist die Einbringung von Brandlasten in das Gebäude zu vermeiden. Ausnahmen benötigen der Zustimmung seitens der Bauaufsicht.
- b) Das Gebäude verfügt über keine Heizung und ist daher vor allem für einen Sommerbetrieb vorgesehen. Für einen Winterbetrieb evtl. notwendige Vorkehrungen haben seitens der Nutzer zu erfolgen.
- c) Die Akustik ist für Veranstaltungen nicht optimiert, sondern durch die harten Flächen (Beton, stahl, Glas) und die rechtwinklige Geometrie bestimmt, was in große Nachhallzeiten resultiert.

Insgesamt handelt es sich bei dem Zwischennutzungskonzept um ein Provisorium für eine auf ca. zwei Jahre befristete Nutzung. Die Nutzer haben sich auf diese spezifischen Bedingungen einzustellen. Alle vorliegenden Nutzungsideen berücksichtigen diese Einschränkungen bzw. setzen sie voraus.

Szenario 1 - Volkskammersaal

a) räumliche Konzeption

Im Mittelpunkt des Konzeptes steht der ehemalige Plenarsaal der Volkskammer, der bis 1990 vom Parlament der DDR genutzt wurde. Ursprünglich wurde der Saal von Fraktionsräumen und Arbeitsbüros (z.B. Büro Erich Honecker) umgeben. Auch im heutigen Rohbauzustand ist der Saal mit einer Höhe von ca. 14m und 2 Galerieebenen beeindruckend und als temporärer Veranstaltungsort gut geeignet. Der Saal befindet sich im Bauteil 1 des Palastes der Republik ist aus der stadträumlichen Umgebung weithin sichtbar.

Die Erschließung des Saales erfolgt von Ebene G1 (Spreeseite und Platzseite) und ist über Freitreppen und Rampen vom Strassenniveau gut zu erreichen. In Ebene 1 befinden sich außerdem Toiletten, Garderoben und Kartenverkauf. Über die 4 bestehenden Treppenkerne gelangen die Besucher zum Saal (G3) und zur Galerieebene G4. Der ehemalige Volkskammersaal (Ebene G3) ist vollständig begehbar und bietet Raum für Großveranstaltungen bis zu 800 Personen. Ebene G4 ist über 2 Treppenhäuser zu erreichen und kann sowohl als Galerieebene für weitere Zuschauer als auch als Orchesterbereich (Sophtensäle) genutzt werden.

b) technische/ bauliche Eingriffe (Siehe auch Leistungsbeschreibung)

- Verkehrssicherheit
Ausgleichung der Bodenunebenheiten und Schließung von vorhandenen Löchern
Umwehung der begehbaren Bereiche

- Brandschutz
Aktivierung der 4 existierenden Treppenkerne als innen liegende Fluchtwege (rauchdichte Türen) und Nutzung der Freitreppenanlagen und Aussenbalkone als Fluchtwege; Herstellung von Fluchtwegeschleusen in Ebene G1 und G2 durch F90 Trockenbauwände; Entrauchung durch Kippfenster; Notbeleuchtung

- weitere Maßnahmen
Sanitäre Einrichtungen für bis zu 800 Besucher
Anschlüsse wesentlicher Versorgungsmedien

c) Nutzungskonzeption

- kulturelle Veranstaltungen (z.B. Staatsoper, Sophtensäle) im Plenarsaal (Ebene 3)
- Orchester/ Bühnentechnik (Ebene G4)
- Clubnutzung, z.B. WMF (Ebene G1 oder G2, spreesseitig)
- Ausstellung (Ebene, G1, G3, G4)
- Toiletten, Garderobe, Kartenverkauf (Ebene G1)

d) Geschätzter Kostenrahmen

ca. 500.000 Euro

Szenario 2 – Palastfoyer

a) räumliche Konzeption

Im Mittelpunkt des Zwischennutzungskonzeptes steht Bauteil 2, der ehemals öffentliche Erschließungsbereich für beide Veranstaltungssäle (Volkskammer und Großer Saal). Die Nutzung des Palastfoyers erlaubt eine öffentliche Durchdringung des Gesamtgebäudes und somit die zwischenzeitliche Wiederherstellung der wesentlichen Wege- bzw. Sichtbeziehung von Platz, zur Spree und Richtung Alexanderplatz. Als strategisches Rückrat eignet sich das Foyer bestens um sowohl Bauteil 1 als auch Bauteil 3 für spätere temporäre Nutzungen (Lichtinstallationen, Performance, Sichtbeziehung und evtl. weitere öffentlich nutzbare Bereiche), visuell und physisch zu öffnen.

Im Mittelpunkt der Raumkonzeption steht das doppelgeschossige Palastfoyer (Ebene G2) mit Wandelgalerie (Ebene G3), das sowohl über die Balkone als auch über vorhandene Freitreppen Ebene G2 zu erschliessen ist.

b) technische/ bauliche Eingriffe (Siehe auch Leistungsbeschreibung)

- Verkehrssicherheit

Ausgleichung der Bodenunebenheiten und Schließung von vorhandenen Löchern
Umwehrgung der begehbaren Bereiche

- Brandschutz

Nutzung der Freitreppen von G3 nach G2, sowie Freitreppe von G2 nach G1 als Fluchtwege; Nutzung der Besucherbalkone (Spree-seitig und Platz-seitig) als Fluchtwege; Aktivierung von 4 existierenden Treppenkernen (Bauteil 1 und Bauteil 3) als zusätzliche innen liegende Fluchtwege mit rauchdichten, selbstschließenden Türen von Ebene G3 nach Ebene G1; Herstellung von Fluchtwegeschleusen in Ebene G1 durch F90 Trockenbauwände; Entrauchung durch Kippfenster; Notbeleuchtung

- weitere Maßnahmen

Sanitäre Einrichtungen für bis zu 800 Besucher
Anschlüsse wesentlicher Versorgungsmedien

c) Nutzungskonzeption

- kulturelle Veranstaltungen (z.B. Staatsoper, Sophiensäle) im Hauptraum des Palastfoyers (Ebene 2) bis zu 800 Besuchern

- Orchester/ Bühnentechnik und Wandelgalerien (Ebene G3)

- Clubnutzung, z.B. WMF (Ebene G1, spreeseitig)

- Ausstellung (Ebene, G1, G2, G3)

- Toiletten, Garderobe, Kartenverkauf (Ebene G1)

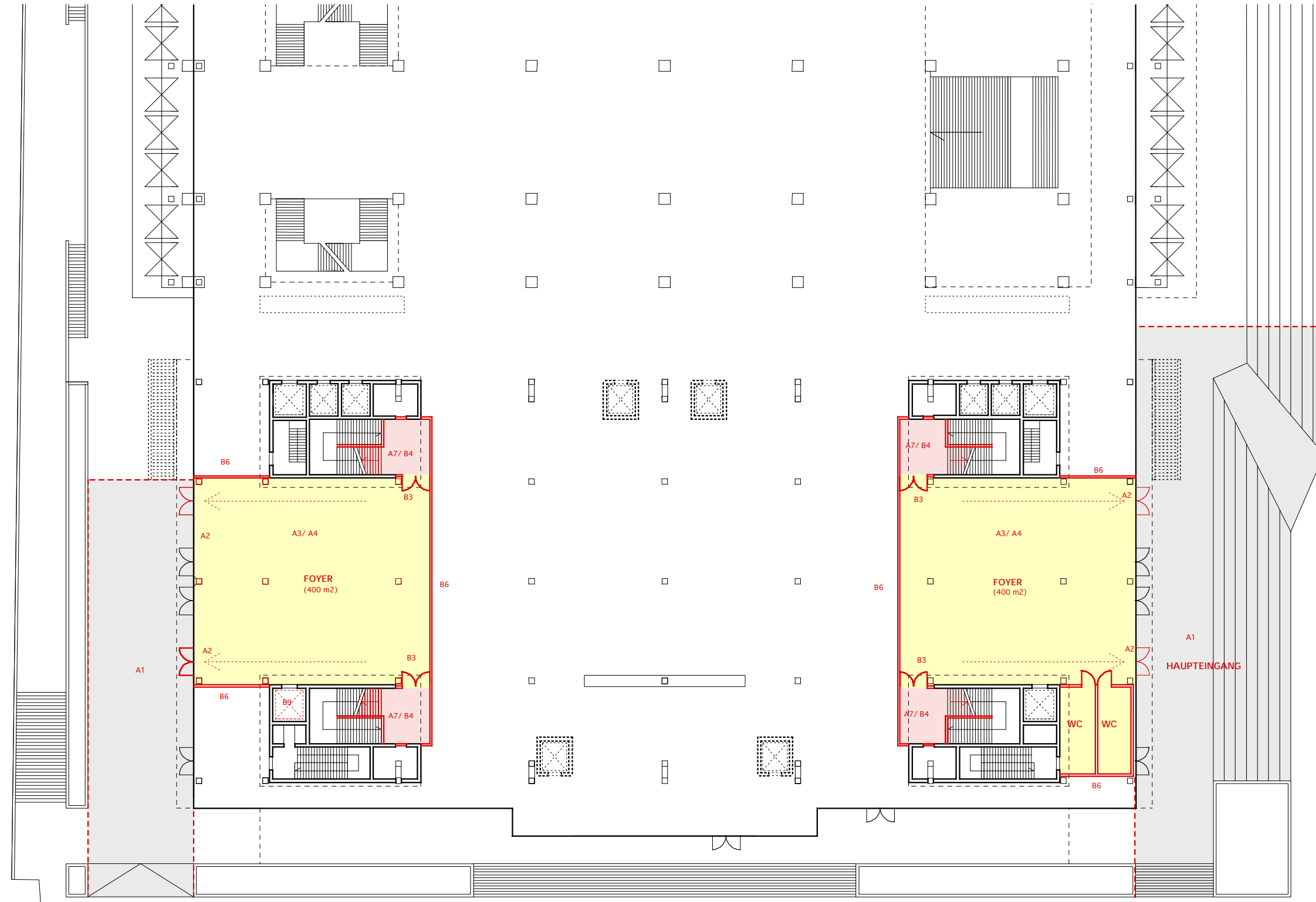
d) Geschätzter Kostenrahmen


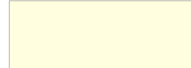
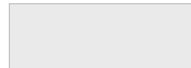



ca. 500.000 Euro

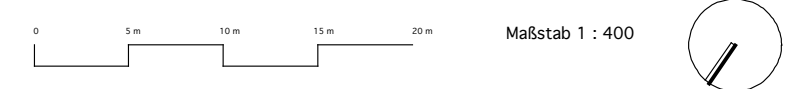
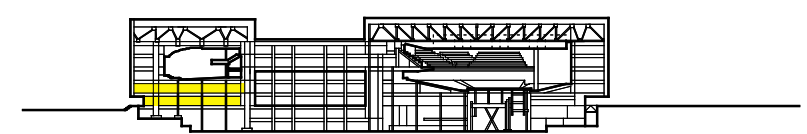
Szenario 1: Volkshammersaal





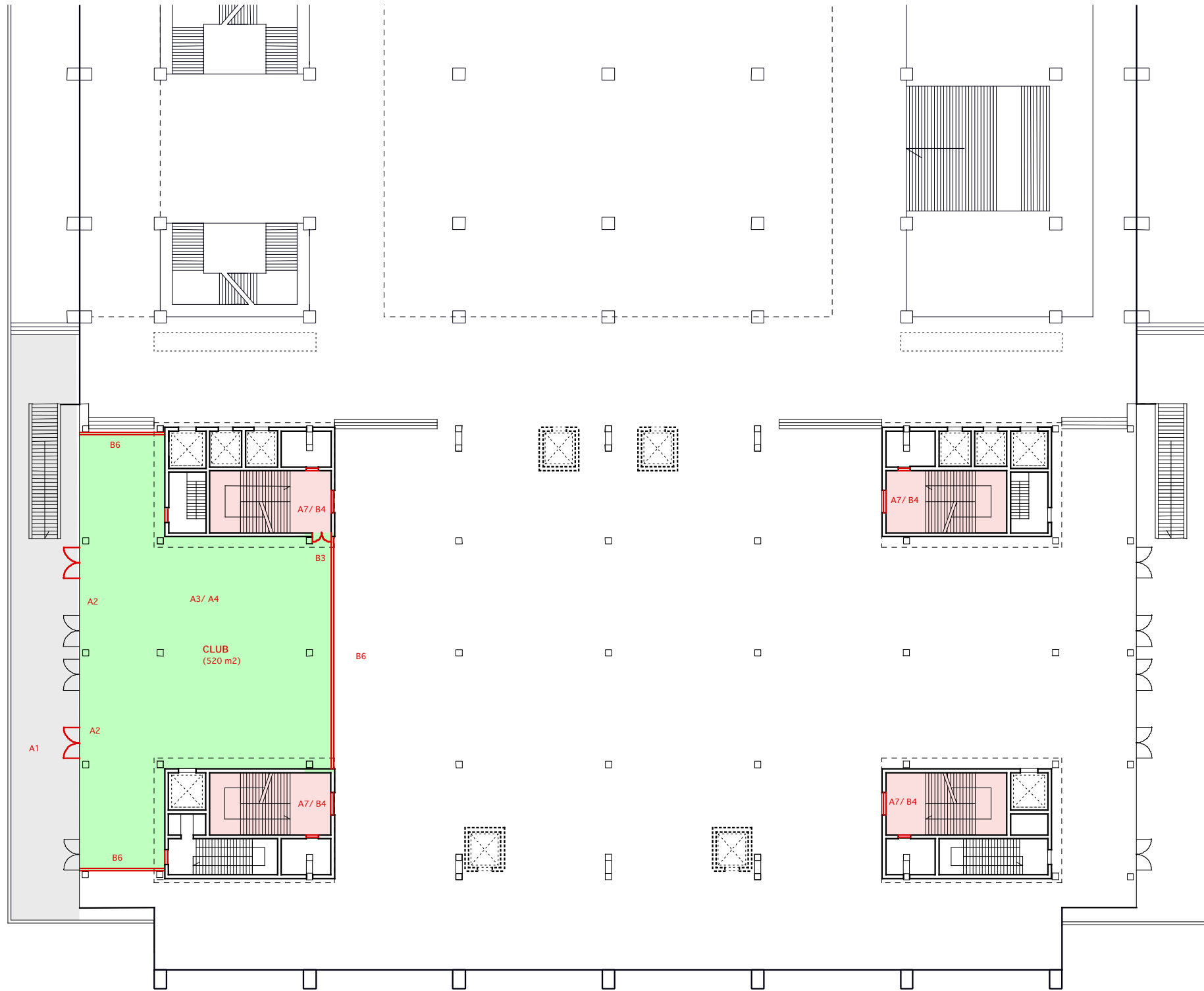


-  verkehrssichere Fläche (Gussasphalt oder Fließbeton)
-  mögliche Erweiterungsfläche(Gussasphalt oder Fließbeton)
-  verkehrssichere Fläche im Außenbereich
-  F90 Trockenbauwand (Brandschutzwand)
-  Umwehrung/ Geländer/ Absperrung
-  Hauptfluchtwege

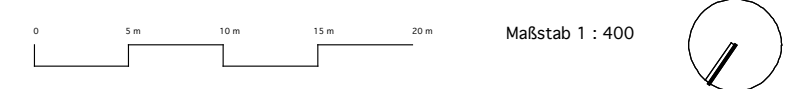
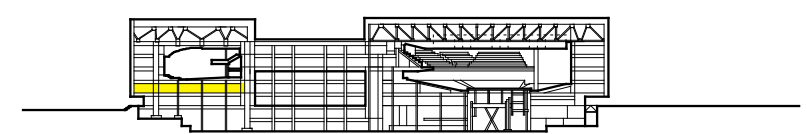


Volkshammersaal - Geschoss G1

studio uc
 studio urban catalyst
 Technische Universität Berlin
 Fakultät 7
 Architektur Umwelt Gesellschaft
 Sekretariat B13
 Straße des 17. Juni 135
 10623 Berlin

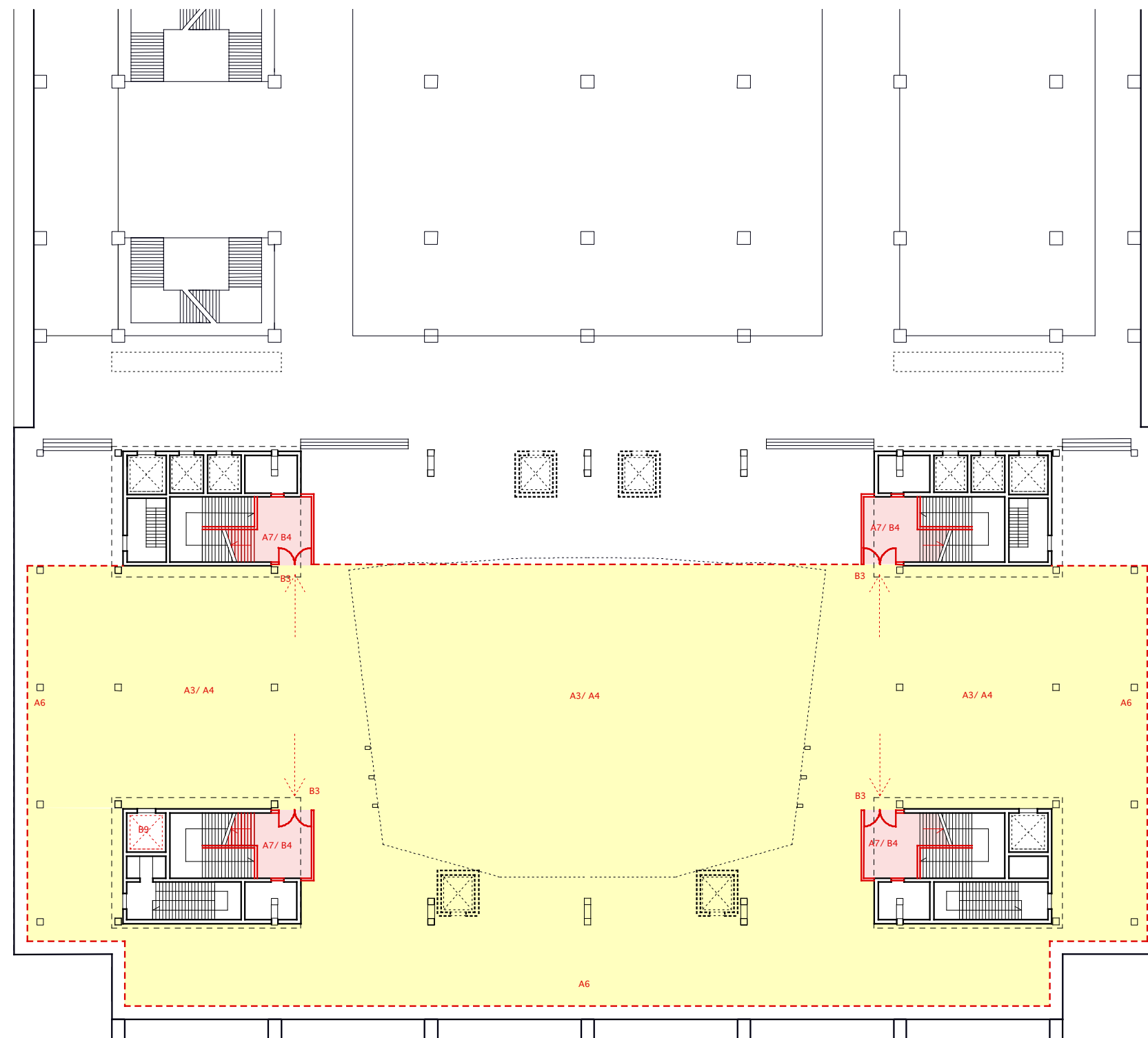




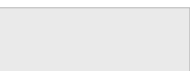



-  Sondernutzung Club
-  verkehrssichere Fläche im Außenbereich
-  F90 Trockenbauwand (Brandschutzwand)
-  Umwehrung/ Geländer/ Absperrung
-  Hauptfluchtwege

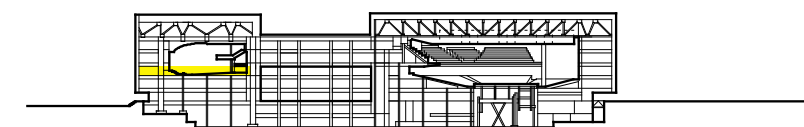


Volkshammersaal - Geschoss G2

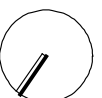
studio uc
 studio urban catalyst
 Technische Universität Berlin
 Fakultät 7
 Architektur Umwelt Gesellschaft
 Sekretariat B13
 Straße des 17. Juni 135
 10623 Berlin



-  verkehrssichere Fläche (Gussasphalt oder Fließbeton)
-  mögliche Erweiterungsfläche(Gussasphalt oder Fließbeton)
-  verkehrssichere Fläche im Außenbereich
-  F90 Trockenbauwand (Brandschutzwand)
-  Umwehrung/ Geländer/ Absperrung
-  Hauptfluchtwege





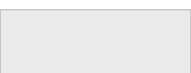



0 5 m 10 m 15 m 20 m Maßstab 1 : 400

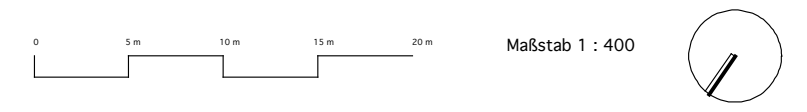
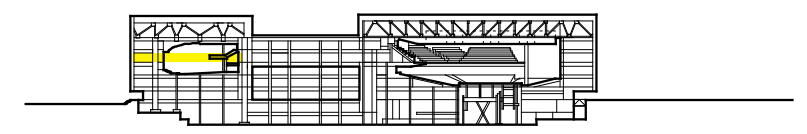


Volkshammersaal - Geschoss G3

studio uc
 studio urban catalyst
 Technische Universität Berlin
 Fakultät 7
 Architektur Umwelt Gesellschaft
 Sekretariat B13
 Straße des 17. Juni 135
 10623 Berlin



-  verkehrssichere Fläche (Gußasphalt oder Fließbeton)
-  mögliche Erweiterungsfläche(Gußasphalt oder Fließbeton)
-  verkehrssichere Fläche im Außenbereich
-  F90 Trockenbauwand (Brandschutzwand)
-  Umwehrung/ Geländer/ Absperrung
-  Hauptfluchtwege



Volkshammersaal - Geschoss G4

studio uc
 studio urban catalyst
 Technische Universität Berlin
 Fakultät 7
 Architektur Umwelt Gesellschaft
 Sekretariat B13
 Straße des 17. Juni 135
 10623 Berlin

Szenario 1: Volkskammersaal - Leistungsbeschreibung zur Errichtung einer flexiblen Grundinfrastruktur

A - Maßnahmen zur Herstellung der Verkehrssicherheit

A.1 - B1/ G1 Sicherung der Aussenbereiche

- Ausbesserung der bestehenden Behindertenrampen vom Gehweg Liebknechtstrasse und Schlossplatz
- Ausbesserung von Unebenheiten/ Schäden im Boden des Zugangsbereiches
- Absturzsicherung an der Spreepromenade und Absperrung Platzseite durch verschraubten Bauzaun (28,27EUR/m)

A.2 - B1/ G1 Ein- und Ausgänge

- Schaffung von 4 Ein- und Ausgängen, gegebenenfalls unter Einbeziehung der existierenden Eingänge (Breite: mind. 1.5m), 500-600 EUR/ m² (ca. 1000 EUR/ Stk.) Haupteinganges vom Schlossplatz

A.3 - B1/ G1-G4 Bodensicherung für öffentliche Bereiche

- Alternative A - lokale Ausbesserung durch Verschmieren mit Fließbeton (ca. 30 EUR/ m²): G1 (Foyers); G3 (zentraler Zuschauer- und Bühnenbereich); G4 (Galerie oder Orchesterbereich)
- Alternative B - flächiges Auffüllen mit Fließbeton oder Gußasphalt (ca. 50EUR/ m²)

A.4 - B1/ G1-G4 Sicherung von kleineren Löchern und Bodenschäden

- 15mm Blechplatten ohne Unterkonstruktion zum Aufdübeln, ausgelegt für Verkehrslast von 5KN/m² (257,70EUR/m²)

A.5 - B1/ G1-G4 Sicherung von kleineren Löchern und Bodenschäden

- 15mm Blechplatten mit Unterkonstruktion, ausgelegt für Verkehrslast von 5KN/m² (357,70EUR/m²)

A.6 - B1/ G3-G4 Umwehung der begehbaren (öffentlichen) Flächen

- Errichtung eines Geländers (Mindestabstand zur Fassade: 1m) und Verschraubung am Boden (Mindesthöhe: 1,10m); Errichtung einer Absperrung zu Gebäudeteil 2 mit Bauzaun, verzinkt, zum Aufdübeln (Höhe: 1,6m Maschenweite 200x100mm: ca. 28,27EUR/m)

A.7 - B1/ G1-G4 Treppenhäuser

- Entsprechend der Bauordnung sind mindestens 3 Treppenhäuser als Fluchttreppenhäuser herzurichten (Siehe auch Brandschutzmaßnahmen). Die zu berücksichtigenden Treppenkerne werden während der Begehung am 10.06 entsprechend des gegenwärtigen Bauzustandes bestimmt.
- Anbringen von Handläufen auf den Innengeländern
- Anbringen von Handläufen an den Außenseiten
- Ausbesserung schadhafter Bodenbereiche/Treppenbeläge
- Schließung von Öffnungen im Fluchtbereich
- raumhohe Absperrung im Fluchtbereich durch Gitter

A.8 - B1/ G1-G4 Belüftung durch die Fassade

- Einbau von Kippfenstern innerhalb der bestehenden Fassade (Siehe auch Entrauchung). Wir bitten um Spezifizierung möglicher Ausführungsalternativen.

A.9 - B1/ G1-G3 Behindertenaufzug nach Ebene G3 (gemäß §61 BauOBlN)

- Alternative A: Reaktivierung eines ehemaligen Fahrstuhlschachtes
- Alternative B: Außenfahrstuhl

A.10 - B1/ G4 Sicherung der Galerieebene

- Absturzsicherung der Galerie durch Errichtung einer eingerückten Umwehung durch verschraubbare Absperrgitter oder Gerüstbauelemente in Normhöhe
- Umwehung der Löcher an den Trägerfußpunkten

B - Maßnahmen zur Gewährleistung von Brandschutz

B.1 - B1/ G1-G4 Entrauchung des Veranstaltungsbereiches

- entsprechend der aktuellen Brandschutzauflagen für Veranstaltungsbereiche
- Alternative A: natürliche Entrauchung durch die Fassade (Siehe auch Be- und Entlüftung) durch Einbau von Kippfenstern
- Alternative B: Entrauchung durch Nutzung von Schächten in existierenden Treppenkerne

B.2 - B1/ G1-G4 Träger und Stützen (gegebenenfalls nicht erforderlich)

- Alternative A: Verkleiden der Träger und Stahlstützen mit Gipskarton (F90)
- Alternative B: Brandanstrich F60-F90 (bei geringen Brandlasten)
- Alternative C: keine Maßnahmen erforderlich (keine bis geringe Brandlasten)

B.3 - B1/ G1-G4 Brandschutztüren für 4 Fluchttreppenhäuser

- Einbau von dicht und selbst schliessenden Türen an Fluchttreppenhäusern (in Richtung Fluchtweg öffnend), inkl. F90 Wandelemente

B.4 - B1 Überdruckanlage für Treppenkerne

- Einbau von Ventilatoren für Druckbelüftung in Fluchttreppenkerne

B.5 - B1/ G1-G4 Schliessen von Löchern in den Versorgungsschächten

- Anbringen von verschraubbaren Blechen

B.6 - B1/ G1 Führen der Fluchtwege ins Freie

- gegebenenfalls Einbau von brandschutzgerechten Trockenbauwänden (F90, raumhoch) mit Gipskarton verkleidet
- Alternative A: F90 Brandschutzwand ca.100m² bis 4m Höhe
- Alternative B: F90 Brandschutzwand ca.100m² bis 5m Höhe
- Rüstung für vorgenannte Position Pauschal 200EUR

B.7 - B1/ G1-G4 Notbeleuchtung

- Einbau einer Akku-betriebenen Notbeleuchtung entsprechend der Brandschutzauflagen; Leuchten, ähnlich Kellerleuchte inkl. Anklemmen und Montage
- Kabel für vorgenannte Position in Kunststoffrohr
- Rettungswegeleuchten mit AKU für 3 Stunden, inkl. Anklemmen und Montage
- Kabel für vorgenannte Position in Kunststoffrohr

B.8 - B1/ G1-G4 Feuerlöscher

- Anbringung von Feuerlöschern (ca. 6kg) entsprechend Brandschutzauflagen

C - sonstige investive Maßnahmen

C.1 - B1/ G2 Sanitäre Einrichtungen

Toiletten (für Veranstaltungen von bis zu 800 Personen) mit Anschluß inkl. Behindertentoiletten, Waschgelegenheiten etc.

Wasserleitung vom bauseitigen Hydranten bis 100m PE-Kunststoffleitung NW20

Abflußleitung bis 100m: 70m

Errichtung einer F90 Brandschutzwand ca. 100m² bis 4m Höhe um die WC Bereiche

C.2 - B1/ G1-G4 Heizung (gegebenenfalls vom Nutzer bereitzustellen)

- Bautrockner

C.3 - B1/ G1-G4 Stromversorgung

- 100A Bauverteilung

- belastbare Gummileitung bis 100m:

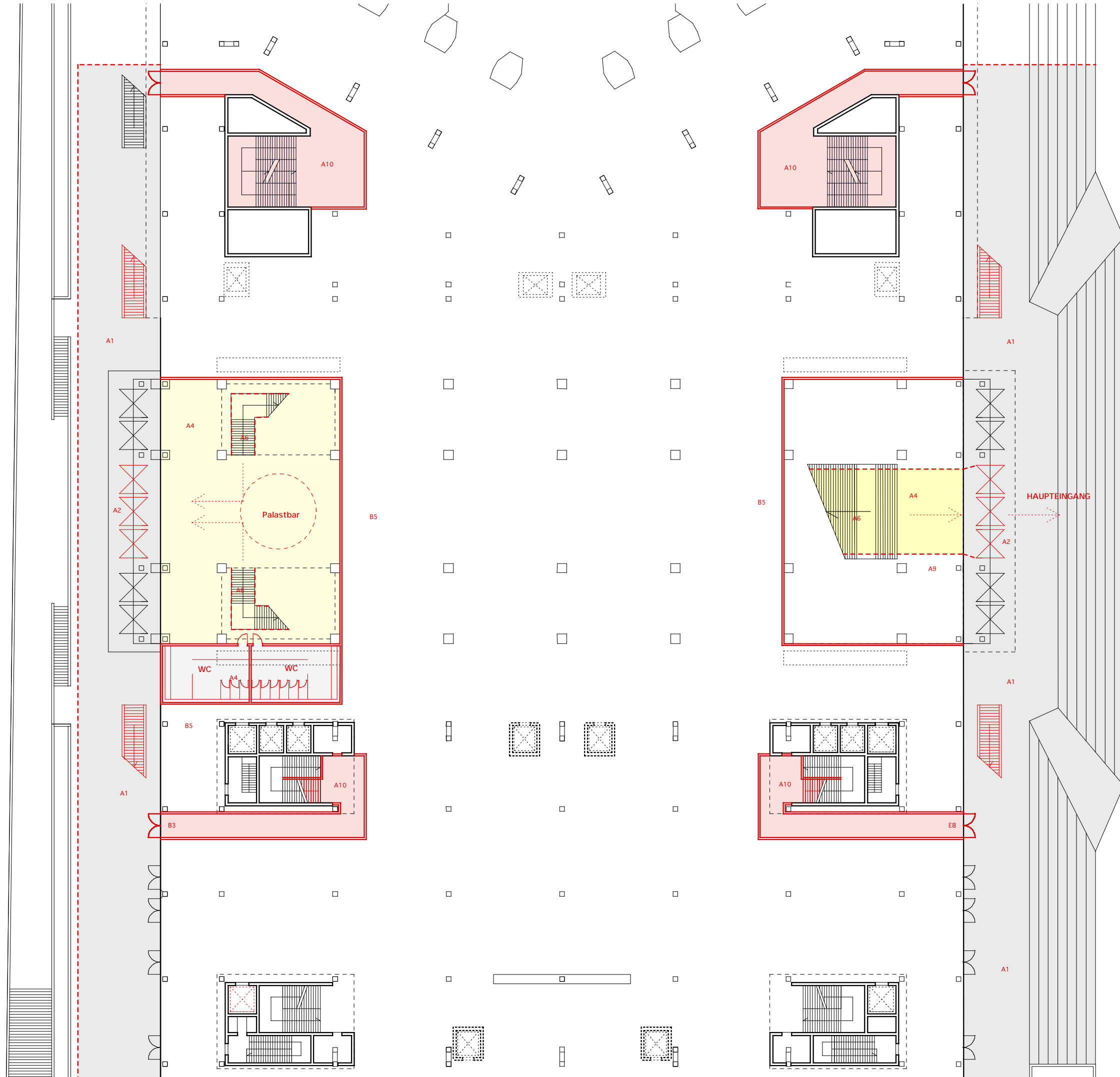
- BEWAG Anschluß


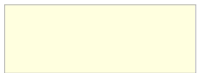
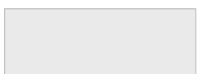



VORLÄUFIGER GESAMTPREIS: 435729.12 EUR

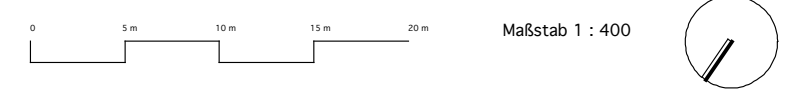
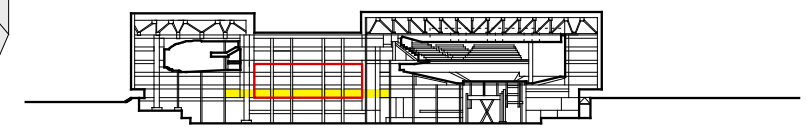
Szenario 2: Palastfoyer





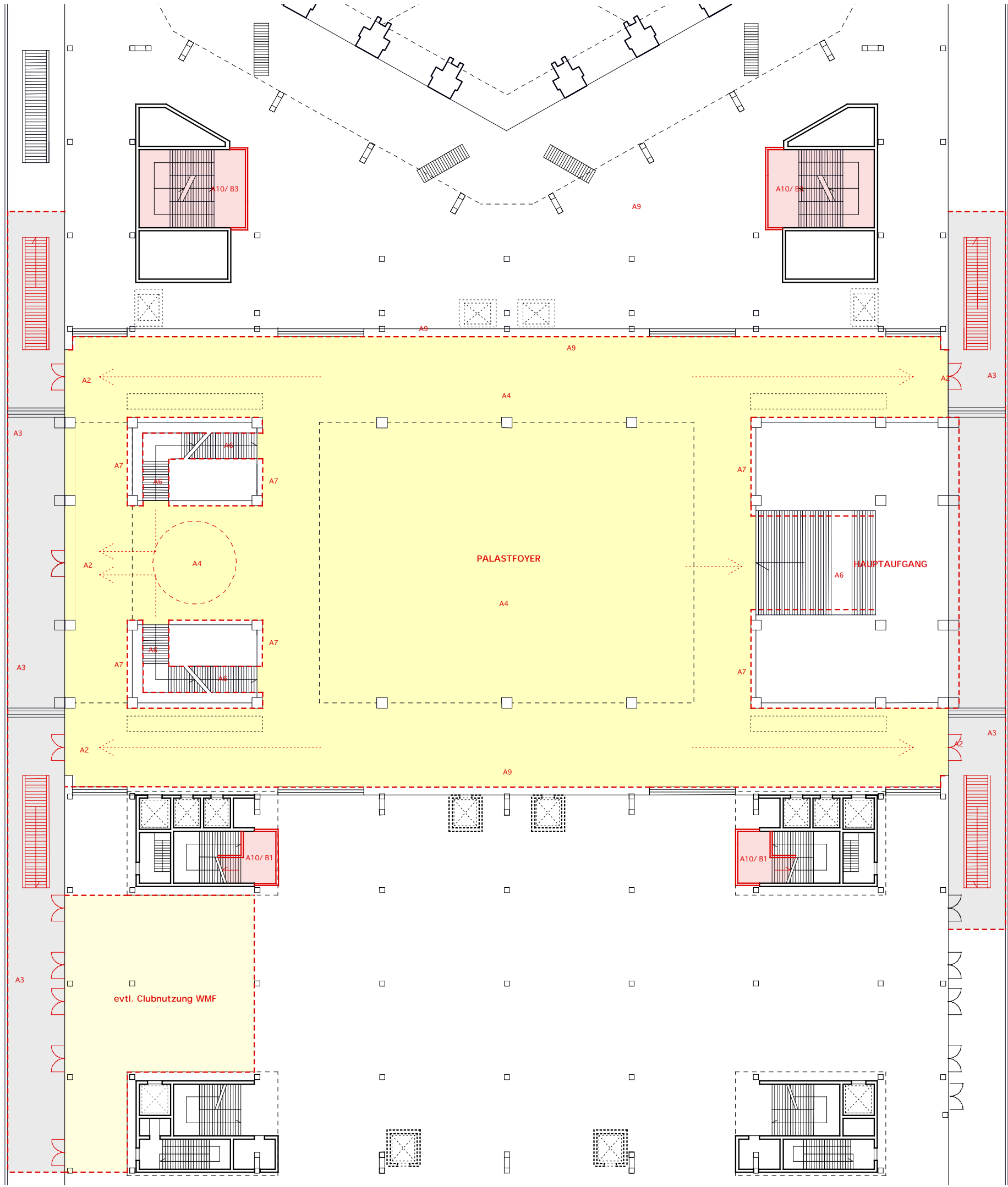




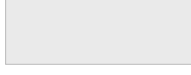



-  verkehrssichere Fläche (Gussasphalt oder Fließbeton)
-  mögliche Erweiterungsfläche (Gussasphalt oder Fließbeton)
-  verkehrssichere Fläche im Außenbereich
-  F90 Trockenbauwand (Brandschutzwand)
-  Umwahrung/ Geländer/ Absperrung
-  Hauptfluchtwege

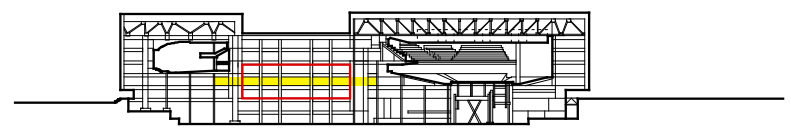


Palastfoyer - Geschoss G1

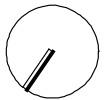
studio uc
 studio urban catalyst
 Technische Universität Berlin
 Fakultät 7
 Architektur Umwelt Gesellschaft
 Sekretariat B13
 Straße des 17. Juni 135
 10623 Berlin



-  verkehrssichere Fläche (Gussasphalt oder Fließbeton)
-  mögliche Erweiterungsfläche (Gussasphalt oder Fließbeton)
-  verkehrssichere Fläche im Außenbereich
-  F90 Trockenbauwand (Brandschutzwand)
-  Umwehung/ Geländer/ Absperrung
-  Hauptfluchtwege

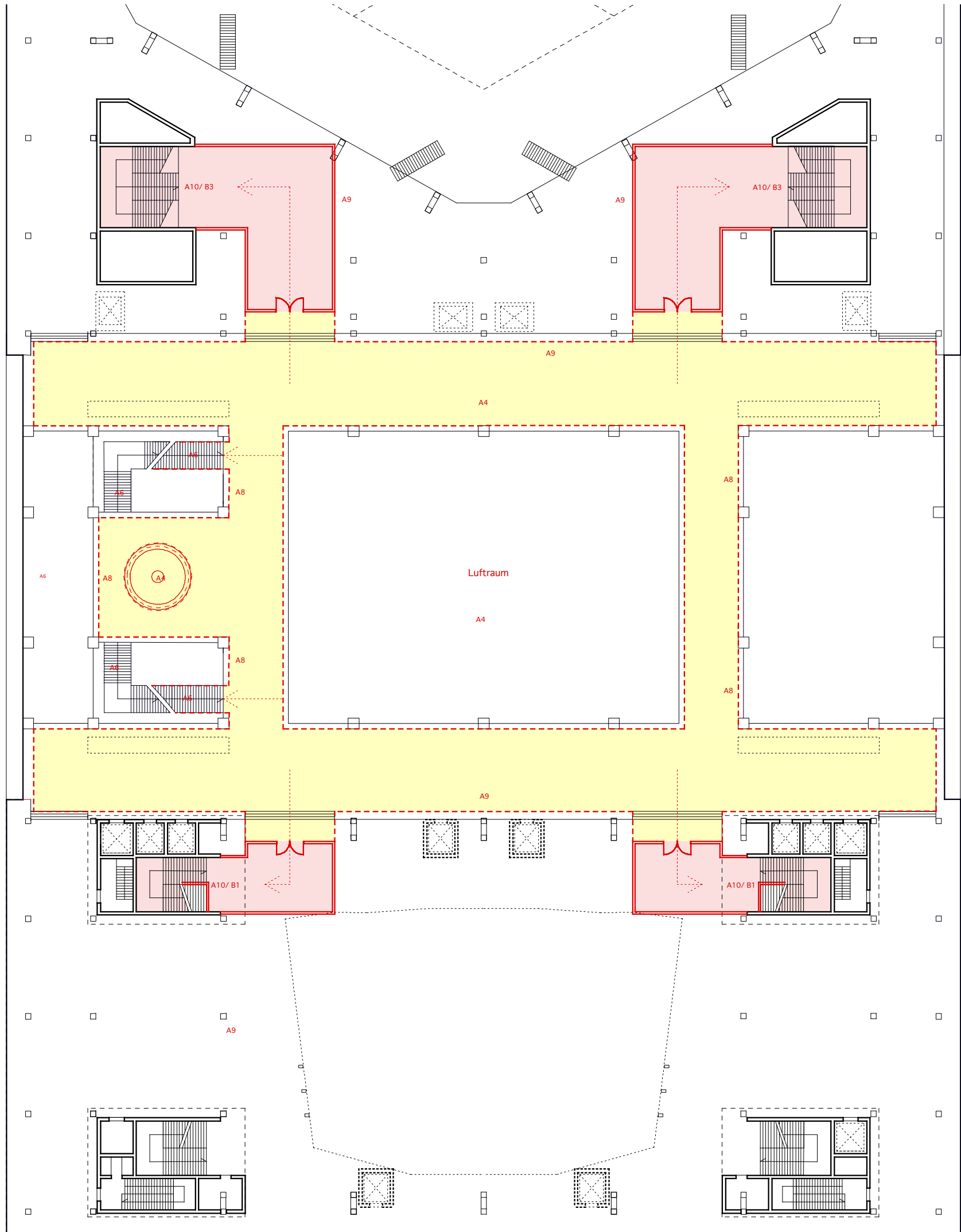




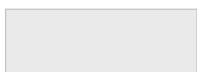



0 5 m 10 m 15 m 20 m Maßstab 1 : 400

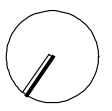
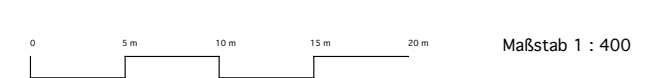
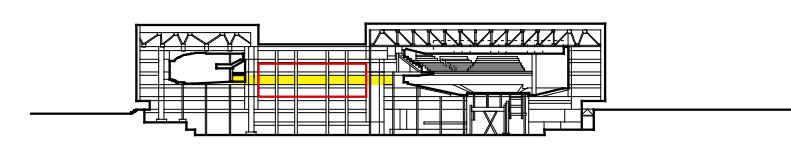


Palastfoyer - Geschoss G2

studio uc
 studio urban catalyst
 Technische Universität Berlin
 Fakultät 7
 Architektur Umwelt Gesellschaft
 Sekretariat B13
 Straße des 17. Juni 135
 10623 Berlin



-  verkehrssichere Fläche (Gussasphalt oder Fließbeton)
-  mögliche Erweiterungsfläche (Gussasphalt oder Fließbeton)
-  verkehrssichere Fläche im Außenbereich
-  F90 Trockenbauwand (Brandschutzwand)
-  Umwehung/ Geländer/ Absperrung
-  Hauptfluchtwege



Palastfoyer - Geschoss G3

studio uc
 studio urban catalyst
 Technische Universität Berlin
 Fakultät 7
 Architektur Umwelt Gesellschaft
 Sekretariat B13
 Straße des 17. Juni 135
 10623 Berlin

Szenario 2: Palastfoyer _Leistungsbeschreibung zur Errichtung einer flexiblen Grundinfrastruktur:

A - Maßnahmen zur Herstellung der Verkehrssicherheit

A.1 - B2/ G1 Sicherung der Aussenbereiche

- Absturzsicherung durch verschraubbaren Bauzaun im Bereich der ehemaligen Spreepromenaden
- Ausbesserung der bestehenden Behindertenrampen vom Gehweg Liebknechtstrasse und Schlossplatz
- Ausbesserung von Unebenheiten/ Schäden im Boden des Zugangsbereiches: Ausbesserung des Bodenbelags zwischen Treppe und Eingang
- Entnahme der kaputten Platten und lokales Ausbessern mit Beton

A.2 - B2/ G1 Ein- und Ausgänge

- teilweise Reaktivierung der ehemaligen Haupteingänge von Platzseite und Spree-seite, sowie weiteren Fluchtausgängen

A.3 - B2/ G2 Sicherung der Balkone (Spree-seite und Platzseite)

- Absturzsicherung durch verschraubbaren Bauzaun
- Reaktivierung der ehemaligen Freitreppen zu Spreepromenade und Platzseite durch Einsetzen von Stufen, Anbringen von Handläufen
- Anbringen eines Treppenaufzugs für Behinderte oder Konstruktion einer Behindertenrampe
- Schaffung von 5 Ein- und Ausgängen (Breite: mind. 1.5m) zum Foyerbereich G2; Flügeltüren inkl. Paniksicherung

A.4 - B2/ G1-G3 Bodensicherung für öffentliche Bereiche (Verkehrsflächen)

- Alternative A: lokale Ausbesserung durch Verschmieren mit Estrichbeton
- G1: Eingangsbereiche
- G2: Zugangs- und Fluchtwege von Eingängen zu den Freitreppen
Zentraler Zuschauer- Veranstaltungsbereich
- G3: Zuschauerbereich auf der Galerie
(Alternative B: flächiges Auffüllen mit Fließbeton oder Gußasphalt)
- Schließen von Bodenlöchern kleineren Ausmaßes durch verschraubbare Blechplatten ohne Unterkonstruktion
- G3: Emporenbereich zwischen den beiden Freitreppen
- Sicherung der ehemaligen Rolltreppenkästen G2-G3

A.5 - B2/ G1-3 Sicherung von kleineren Löchern und Bodenschäden

- 15mm Blechplatten ohne Unterkonstruktion zum Aufdübeln
(ausgelegt für Verkehrslast von 5KN/m²)

A.6 - B2/ G2-G3 Sicherung der internen Freitreppen

- Ausbesserung des Belages: fehlende Platten mit Estrichbeton ausbessern
- Handläufe anbringen
- Sperrung der Freitreppen G3-G4 und von G1-K1) durch Gitter
- evtl. Entfernen der bestehenden Holzkonstruktion zum Schließen der Treppendurchbrüche wegen Brandlastreduzierung

A.7 - B2/ G2 Sicherung des Veranstaltungsbereiches (Palastfoyer)

- Absturzsicherung der Galerie im Zuschauer- und Verkehrsbereich
- Errichtung einer eingerückten Umwehung durch verschraubbare Absperrgitter oder Gerüstbauelemente in Normhöhe
- Umwehung der Löcher an den Trägerfußpunkten

A.8 - B2/G3 Sicherung des Galeriebereichs

- Absturzsicherung der Galerie im Zuschauer- und Verkehrsbereich
- Errichtung einer eingerückten Umwehung durch verschraubbare Absperrgitter oder Gerüstbauelemente in Normhöhe
- Umwehung der Löcher an den Trägerfußpunkten

A.9 - B2/ G1-3 Umwehung der begehbaren (öffentlichen) Flächen

- Errichtung eines Geländers (Mindestabstand zur Fassade: 1m) und Verschraubung am Boden (Mindesthöhe: 1,10m); Errichtung einer Absperrung zu Gebäudeteil 2 mit Bauzaun, verzinkt, zum Aufdübeln (Höhe: 1,6m Maschenweite 200x100mm: ca. 28,27EUR/m)

A.10 - B1-3/ G2-G3 Sicherung von 4 bestehenden Treppenkernen als Fluchttreppenhäuser

- Anbringen von Handläufen auf den Innengeländern
- Anbringen von Handläufen an den Außenseiten
- Ausbesserung schadhafter Bodenbereiche/Treppenbeläge
- Absperrung der Treppenhäuser unterhalb G2 und Überhalb G3 durch Gitter (Siehe auch Brandschutzmaßnahmen)

A.11 - B2 natürliche Belüftung durch die Fassade

- Einbau von Kippfenstern innerhalb der bestehenden Fassade (Siehe auch Entrauchung)

B - Maßnahmen zur Gewährleistung von Brandschutz

B.1 - B2 Gewährleistung von natürlicher Entrauchung

- Reaktivierung von Kuppeln und Entlüftungsöffnungen in G6
- Gewährleistung von ausreichend natürlicher Sogwirkung nach oben durch Deckendurchbrüche
- Einbau von Kippfenstern innerhalb der bestehenden Fassade

B.2 - B1/ G1-G4 Träger und Stützen (gegebenenfalls nicht erforderlich)

- Alternative A: Verkleiden der Träger und Stahlstützen mit Gipskarton (F90)
- Alternative B: Brandanstrich F60-F90 (bei geringen Brandlasten)
- Alternative C: keine Maßnahmen erforderlich (keine bis geringe Brandlasten)

B.3 - B1-3/ G2-G3 Brandschutztüren für Fluchttreppenhäuser

- Schließen der Treppenabsätze durch Vorbau in G2 und G3
- Trockenbauwand (F90)
- Einbau von dichten und selbstschliessenden Stahltüren (Richtung Fluchtweg öffnend)

B.4 - B2 Schliessen von Löchern in den Versorgungsschächten
- Anbringen von verschraubbaren Blechen

B.5 - B2/G2 Führen der Fluchtwege ins Freie
- gegebenenfalls Einbau von brandschutzgerechten Trockenbauwänden (F90, raumhoch) mit Gipskarton verkleidet

B.6 - B2/G2-G3 Beleuchtung und Notbeleuchtung
-Herstellen einer Beleuchtung
Leuchten, ähnlich Kellerleuchte inkl. Anklemmen und Montage
Kabel für vorgenannte Position in Kunststoffrohr
-Notbeleuchtung
Rettungswegeleuchten mit AKU für 3 Stunden, inkl. Anklemmen und Montage
Kabel für vorgenannte Position in Kunststoffrohr

B.7 - B2 Feuerlöscher
-Anbringung von Feuerlöschern entsprechend Brandschutzauflagen
6kg inkl. Montage

B.8 - B2 Überdruckanlage für Treppenkerne
Einbau von Ventilatoren für Druckbelüftung in Fluchttreppenkernen

C - sonstige investive Maßnahmen

C.1 - B2/ G2 Sanitäre Einrichtungen
Toiletten (für Veranstaltungen von bis zu 800 Personen) mit Anschluß inkl. Behindertentoiletten, Waschgelegenheiten etc.
Wasserleitung vom bauseitigen Hydranten bis 100m PE-Kunststoffleitung NW20
Abflußleitung bis 100m: 70m
Errichtung einer F90 Brandschutzwand ca.100m² bis 4m Höhe um die WC Bereiche

C.2 - B2 Heizung (gegebenenfalls von Nutzern bereitzustellen)
- Bautrockner

C.3 - B2/ G2-G3 Stromversorgung
100A Bauverteilung
belastbare Gummileitung bis 100m:
BEWAG Anschluß

Potentielle Nutzer

„Ein Palast und seine Republik – eine Ausstellung zum Abschied“

Veranstalter: Deutsches Technikmuseum Berlin (DTMB)

Konzeption: J. Novak und T. Beutelschmidt in Zusammenarbeit mit Joseph Hoppe

Novak/ Beutelschmidt

Die Publizisten Novak und Beutelschmidt haben in der Vergangenheit mit ihrem Film „Ein Palast und seine Republik“ (Arte/ SFB 2000) sowie einem Buch unter gleichem Titel (Verlag Bauwesen 2001) auf sich aufmerksam gemacht. Hier wird der Palast in die Architekturgeschichte der Nachkriegsmoderne eingeordnet, mit dem Blick nicht nur in westliche, sondern auch in östliche Richtung, wobei 20 Autoren einen weit gefächerten Einblick in die Thematik liefern.

DTMB

Das Deutsche Technikmuseum Berlin plant nun, das Projekt der beiden Autoren in Form einer Ausstellung weiterzuführen. Die auf drei Monate angesetzte Ausstellung zielt auf eine unvoreingenommene historische Reflexion des Bauwerks. Im Blickfeld steht die gesamte facettenreiche Vergangenheit des ehemaligen DDR-Prestigeobjektes, wobei der jetzige Rohbauzustand des Gebäudes als beeindruckende Hintergrundkulisse wirkt.

Unter anderem sollen Originalobjekte, die derzeit als Belegstücke im Depot aufbewahrt werden (wie z.B. das Volkskammeremblem, eine Liege Erich Honeckers, die Gläserne Blume aus dem Foyer) und andere Hinterlassenschaften in die asbestanierte Ruine des PdR wieder temporär eingebracht werden. Verschiedene Themenfelder knüpfen assoziativ an ausgewählte Palastobjekte an und eröffnen den Besuchern ein „informatives, künstlerisches und aufklärerisches Kaleidoskop“, ohne sich nostalgischen Anwendungen hinzugeben: Architektur und Städtebau, Design und Mode, Kunst und Kultur, sozialistisches Entertainment, Jugend im Palast, Politik und Geschichte, der Palast als künstlerische Ressource und das Asbestproblem. Die Gestaltung des Ausstellungsdesigns wird sich am rohen Erscheinungsbild des Baus orientieren. Als räumliches Zentrum ist der Volkskammersaal vorgesehen.

„European Chaos – der Wagnerkomplex“

Christian von Borries/ sphiensæle

sphiensæle

Die sphiensæle sind eine Produktions- und Spielstätten für freiproduzierte zeitgenössische Theater-, Tanz und Musikprojekte. Das Theater wurde im Herbst 1996 mit der Uraufführung von Sasha Waltz' Erfolgsstück »Allee der Kosmonauten« eröffnet. Seither wurden in den sphiensælen über zweihundert Produktionen gezeigt, darunter 50 Uraufführungen. Das Programm umfasst zeitgenössischen Tanz und Tanztheater ebenso wie Sprechtheater,

Performancekunst und Konzerte. Vor allem die Arbeiten junger Künstler, die auch außerhalb der etablierten Theater neue Theatersprachen und Ausdrucksformen erproben wollen, bilden den Schwerpunkt der Spielplangestaltung. Die sphiensæle sind Teil eines Netzwerks produzierender Theaterhäuser in ganz Europa. Sie ermöglichen damit nicht nur Berliner Künstlern, ihre Arbeiten außerhalb dieser Stadt vorzustellen, sondern bieten Theatermachern aus aller Welt auch eine Präsentationsplattform in Berlin.

sphiensæle/Palast

Als Veranstaltung im PdR ist die Aufführung Christian von Borries' 'European Chaos - der Wagnerkomplex' vorgesehen. Im Mittelpunkt steht dabei der Wagnersche Begriff der 'unsichtbaren Bühne': Ausgehend von dem Raumkubatur des ehemaligen Volkskammersaals mit visuellem Bezug in Richtung Alexanderplatz, Richtung Museumsinsel und in Richtung Brandenburger Tor wird der Besucher raumwandelnd mit einem 'unsichtbaren Orchester' konfrontiert, das in mehreren Gruppen auf den Galerien des Saals plaziert und nur teilweise einzu- sehen ist.

Die Musik des Orchesters, Wagner, Mahler, Stockhausen und Karkowski, mischt sich mit Klängen aus einer Tonanlage sowie einfallendem Straßenlärm zu einer Kollage. Das Projekt macht keinerlei größeren Ein- und Aufbauten notwendig. Dem 80köpfigen Orchester und Sängern sind lediglich Pulte und Stühle, dem Besucher Getränke bereitzustellen. Zur Sicherung der subjektiven Erlebnisses ist das Publikum auf 90 Personen zu begrenzen. Geplant ist eine Aufführung an fünf aneinanderfolgenden Tagen, jeweils zweimal.

WMF

WMF Club

Der WMF Club zieht seit seiner Gründung 1991 durch Berlin Mitte und machte dabei an sieben verschiedenen Orten Station. Dieses nomadische Prinzip ist mittlerweile zu einem Synonym für die Berliner Clubkultur geworden. Durch dieses Aufspüren und Besetzen urbaner Brachen wird die Diskussion um temporäre Nutzung von Stadtraum angeregt. Zum Selbstverständnis des WMF gehört die Auseinandersetzung mit der vorgefundenen Architektur, die Einbeziehung und Sichtbarmachung der spezifischen Geschichte des jeweiligen Ortes. Der Club ist eine Plattform für verschiedenste Künstler aus dem Bereich elektronische Musik, Video, Design, Architektur und neue Medien.

WMF/ DDR

Auf seiner Reise durch Mitte ist das WMF immer wieder mit der Architektur und dem Innenleben von Sonderbauten der ehemaligen DDR in Berührung gekommen. Durch die Zusammenarbeit mit dem Künstler Fred Rubin wurde das wiederverwenden von aufgegebenen ex-DDR Mobiliar zum Markenzeichen des WMF. So bestand die Inneneinrichtung des Clubs in der Burgstr./ Hackescher Markt (1995) größtenteils aus Mobiliar des Palastes der Republik. (Bowlingbar, Monitore, Möbel etc.), im Johannishof aus Überresten des abgerissenen Außenministeriums, des Spreehotels, des Gästehauses des Ministerrates. Im deutschen Pavillon auf der Berliner Länderwoche EXPO 2000 wurde aus DDR-Recycling eine Lounge installiert. Die Bowlingbar wurde in Rauminstallationen u.a. im Center for Design & Architecture, Glasgow gezeigt, sowie in der Kongresshalle und dem Haus der Kulturen der Welt aufgebaut. Ab September diesen Jahres wird das WMF die Räume des ehemaligen Café Moskau in der Karl-Marx-Allee temporär nutzen.

WMF/ Palast

Der Club beabsichtigt, das nomadische Prinzip fortzusetzen und sich mit Beginn der Zwischennutzung des Palasts dorthin zu verlagern. Die Clubräume sollen als relativ kleine Einheit von 300 – 500 qm spreeseitig im Ersten Obergeschoss von Bauteil 1 (Volkskammersaalbereich) liegen und unabhängig vom übrigen Gebäude zu nutzen sein. Der Zugang erfolgt über mehrere Aufgänge über die Außenbalkone. Der Club ist eine autarke Einheit in einem eigenen, abgemauerten Brandabschnitt. Er verfügt über eigene sanitäre Anlagen sowie eigene Fluchtwege. Es ist jedoch über eine Brandschutztür zum Volkskammersaal bzw. zu den anderen temporär genutzten Räumen verbunden. Dies ermöglicht die Nutzung des Clubs durch die übrigen Parteien wie etwa für VIP-Bereich, Catering- oder Pausenbar. Auch eine Parallelnutzung während z.B. größerer Events in der Volkskammer ist denkbar. Die Räumlichkeiten des Clubs zeichnen sich in etwa 2/3 Gasträum und 1/3 Lagerraum auf. Die Kapazität wird bei max. 500 Personen liegen, bei einer durchschnittlichen Besucherzahl von 350 Personen. Die Betriebszeiten werden hauptsächlich von Donnerstag bis Sonntag von 22:00 - 6:00 sein. Es soll eine Tanzfläche mit max. 110 db Lautstärke und eine Lounge mit max. 95 db Lautstärke geben. Die gastronomische Versorgung geschieht über zwei Bars. Die Kosten für die baulichen Investitionen werden vom Club selbst getragen und setzen eine Nutzungszeit von min. 2 Jahren voraus.

Palast-Bar-Transfer

F.R.E.d Rubin

Fred Rubin

Seit Anfang der 90er Jahre führt der Künstler Fred Rubin mit seinen Projekten des Rotationsrecyclings eine kritische Auseinandersetzung mit Überlassenschaften von symbolträchtigen Bauten Staatsbauten der DDR. In den Projekten nutzt er Elemente aus den Interieurs von Bauten wie dem Palast der Republik, dem Gästehaus des Ministerrats, dem Zentralkomitee oder dem Außenministerium, unterzieht diese einem Transformationsprozess und bringt sie in neue Kontexte ein. Dies geschieht zum einen als freie künstlerische Arbeiten wie Palastbartransfer (u.a. Modell/ Skulptur, Neuer Berliner Kunstverein), Raumteiler ZK#20 (Berlin-Biennale) oder "Komfort - Labor" (Deutscher Pavillon auf der Expo 2000), zum anderen aber auch in konkreten Nutzungszusammenhängen wie für bei Projekten der Innenraumgestaltung für den Club WMF, den Fernsehsender MTV oder die Lichtinstallation für das Foyer des Konzerthaus Nikolaisaal in Potsdam ('Licht-Nominat VI X IX). Durch die Transformation und den neuen Kontext wird das Ausgangsmaterial einem Bedeutungswandel unterzogen und neu interpretiert.

Fred Rubin/Palast

Für den Palast der Republik entwarf Rubin das aus zwei Teilen bestehende Konzept des 'Palastbartransfers', eine erzählerische Installation, die den Vorgang des Recycling thematisiert. Die einstige Foyerbar - eine ringförmige Bar aus dem Hauptfoyer des ehemaligen Palastes der Republik - kehrt nach einer Reise zu anderen Standorten transformiert an ihren Ausgangspunkt zurück. Mit einer speziellen Wendenmaschine versehen, wird sie als Rotationsbar am alten aber zugleich veränderten Standort zu einer funktionsentbundenen Skulptur. Der Künstler schreibt hierzu: "Die Rückführung der originalen Rundbar dient vornehmlich dem künstlerischen Zweck

des Detournement als paradoxale Sinnverschiebung. Es ist ein Angebot an ein zentrales Vakuum in der Stadt für einen Umgang mit der Leere der ins Leben drängt." Ergänzt wird die Skulptur durch die ehemalige Bowlingbar des Palasts, die in räumlicher Korrespondenz zu ihrem Pendant ihre einstige Funktionalität im veränderten Kontext wieder aufnimmt.

Kammeroper 'Nacht' von Georg Friedrich Haas - Erstaufführung

Staatsoper Unter den Linden

Staatsoper

Die am 7. Dezember 1742 als Königliches Opernhaus eröffnete Staatsoper Unter den Linden ist neben der Deutschen Oper und der Komischen Oper eines der drei staatlichen Opernhäuser Berlins. Das Haus ist der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur nachgeordnet. Intendant der Staatsoper Unter den Linden ist Peter Mussbach, Generalmusikdirektor und Künstlerischer Leiter seit Daniel Barenboim.

Ein Schwerpunkt des Hauses liegt auf der Erarbeitung von Opern der Vor-Mozart-Zeit, die unter Einbeziehung der Erkenntnisse über die historische Aufführungspraxis inszeniert werden. Anknüpfend an die innovativen Entwicklungen des Musiktheaters in den 20er Jahren, bildet die Beschäftigung mit der klassischen Moderne einen weiteren wesentlichen Aspekt der Spielplandramaturgie, die einen Bogen von den einschlägigen Werken des 20. Jahrhunderts bis zu Uraufführungen zeitgenössischer Opern spannt.

Staatsoper/Palast

Hintergrund für das Auftreten der Staatsoper im PdR bildet das Anliegen, verstärkt an Plätzen und Orten mit historischer, politischer oder gesellschaftlicher Bedeutung in Erscheinung zu treten. Die aus 24 selbstständigen Bildern bestehende Kammeroper 'Nacht' behandelt den Verlust von Utopien, das Wissen um Schuld sowie Identität und Erinnerung. Es wird eine Verbindung geschaffen zwischen dem Scheitern der Französischen Revolution und den jüngeren Ereignissen der deutschen Geschichte.

Als Aufführungsort dient der ehemalige Volkskammersaal: Neu montierte Texte von Friedrich Hölderlin werden mittels von einem Videokünstler erarbeiteten 'Lichtsektionen' und parallel funktionierenden 'akustischen Bühnenbildern' inszeniert, wobei sich Instrumentalisten- und Sängergruppen frei im Raum bewegen. Dabei kommt die rohe Offenheit des Ortes dem Inszenierungsgedanken entgegen, auf Bühneneinbauten wird verzichtet und lediglich ein zentral plaziertes Podium für ca. 800 Zuschauer eingebracht sowie eine Wand für Videoprojektionen errichtet. Vorgesehen sind ca. 14 Aufführungen.

Palastrevolution

Projekt zur Förderung des Jugendsports - Platzmanagement Alexanderplatz

Palastrevolution

Das Projekt Palastrevolution ist ein Verbund verschiedener Unterprojekte aus den Bereichen Jugendarbeit, Kunst, Kultur und Sport. Als Partner und Sponsor agiert die Skateboard-Marke Titus. Das Anliegen des Projektes geht dahin, das öffentliche Bewußtsein für Kinder und Jugendliche zu schärfen sowie deren Belange in

die Bereiche der Stadtplanung einzubringen. In der Vergangenheit konnten so mehrere Skateboardanlagen realisiert sowie einige Boarderparaden durchgeführt werden. Zur Zeit läuft ein Projekt zum Platzmanagement Alexanderplatz.

Palastrevolution/Palast

Den leeren Palast begreift das Projekt als Chance, zum einen im Herzstück des Öffentlichen Raumes Berlins, das heißt in und um den PdR, präsent zu werden, zum anderen um damit später evtl. an weitere Projekte größeren Ausmaßes anzuknüpfen. Es ist geplant, den PdR für Sportnutzung freizugeben. Dabei soll der Volkshammersaal mit seinen arenaartigen Ausmaßen das Herzstück bilden, zudem ist denkbar, die Nutzung lose auf den Schlossplatz als Außenfläche auszuweiten. Ziel ist die Schaffung neuer Kommunikations- und Bewegungsräume. Auf 500 qm werden Aktivitäten wie Skaten, Mountain-Biken und Streetball stattfinden. Einzubringen sind hierfür mobile Ausstattungselemente wie Streetballkörbe und Rampen für Skater und Biker (Halfpipes, Quarterpipes, Jumps, Rails, etc.). Die Dauer der Nutzung ist in mehreren Alternativen denkbar:

1. als Blocknutzung (hot house) mit klarem Ende nach vier bis sechs Wochen
2. als regelmäßig wiederkehrende Zwischennutzung zwischen anderen Projekten
3. in der ansonsten schwer bespielbaren Wintersaison als längerfristige Nutzung mittlerer Intensität mit jeweils thematischen Sequenzen.

Dabei wird sie sich auf zwei Ebenen abspielen: auf der einen Seite ein alltäglicher Betrieb, auf der anderen Seite special events für nötige Höhepunkte: Skaterdisco, Shows, Contests (C.o.S.-Contest/Deutsche Skatermeisterschaften) und Performances werden ihre Attraktivität auch auf größere Besucherkreise abstrahlen.